

Satzung

für die

Lippische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Gültig vom 1. Januar 1913 ab.



Detmold.

Druck der Buch-, Kunst- und Anzeigen-Druckerei Lopp & Möller.

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

oben Ordens:

oben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

n.

13.

ministerium.

g.

te zu Falle

beamten für

ernannt.

13.

Regierung.

g.

Zeitung

für die

Zeitung für landwirtschaftliche
Berufsgenossenschaft.

Gründet vom 1. Januar 1913 ab.



Verlag: Verlag der Zeitschrift für landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Leipzig & Berlin.

Inhaltsangabe.

I. Name, Sitz und Umfang der Berufsgenossenschaft.

Name und Sitz	§ 1
Bezirk und Umfang	§ 2

II. Organisation der Berufsgenossenschaft.

Allgemeine Bestimmung	§ 3
Genossenschaftsversammlung	§§ 4 bis 10
Zusammensetzung. Wahlbezirke	§ 4
Wahl der Vertreter	§ 5
Obliegenheiten	§ 6
Berufung. Tagesordnung	§ 7
Verhandlung	§ 8, 9
Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung	§ 10
Genossenschaftsvorstand	§§ 11 bis 20
Zusammensetzung	§ 11
Wahl	§ 12
Amtsdauer. Ausscheiden der Mitglieder	§ 13
Voritz	§ 14
Sitzungen. Beschlußfassung	§§ 15 bis 17
Vertretung. Willenserklärung	§ 18
Geschäftsführung	§ 19
Strafgewalt. Ersatzforderungen	§ 20
Genossenschaftsausschuß zur Entscheidung über Einsprüche	§ 21
Vertrauensmänner	§ 22, 23
Bezirke. Wahl	§ 22
Obliegenheiten	§ 23
Vertretung der Genossenschaft gegenüber dem Vorstande	§ 24

III. Verwaltung der Berufsgenossenschaft.

Betriebsfod	§ 25
Rücklage	§ 26
Umlegen der Beiträge	§§ 27 bis 31
Zuschläge zur Grundsteuer. Beitrags- und Zahlungspflicht	§ 27
Angenommene Grundsteuer für Betriebe ohne Bodenwirtschaft, Nebenbetriebe und andere gewerbliche Betriebe, sowie für Tätigkeiten	§ 28
Abstufung nach Unfallgefahr	§ 29
Verfahren bei Festsetzung der angenommenen Grundsteuer	§ 30
Anmeldungen	§ 31
Erstmaliges Unternehmerverzeichnis	§ 32

führ:
20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

13.
inisterium.

9.
te zu Talle
beamten für
ernannt.
13.
Regierung.
9.

Betriebseröffnung	§ 33
Betriebsänderungen	§ 34
Wechsel des Unternehmers	§§ 35 bis 37
Anzeige	§ 35
Sicherheitsleistung	§ 36
Lohnnachweisung	§ 37
Einstellung und Ausscheiden des Betriebs	§ 38
Vorschüsse	§ 39
Aufbringung des Postvorschlusses	§ 40
Mahnverfahren	§ 41
Anzeige und Untersuchung der Unfälle	§ 42
Lohnnachweis, Lohnlisten	§ 43
Feststellung der Entschädigungen	§ 44
Unfallverhütungsvorschriften	§ 45
Überwachung der Betriebe	§ 46
Ersatz von Aufwendungen	§§ 47, 48
Vertreter der Unternehmer	§ 47
Vertreter der Versicherten	§ 48
IV. Betriebsbeamte und Facharbeiter.	
Bezeichnung von Facharbeitern	§ 49
Beitragszuschläge	§ 50
Anmeldung	§ 51
V. Ausdehnung der Versicherung.	
1. Betriebsunternehmer	§§ 52 bis 59
A. Zwangsversicherung	§§ 52 bis 56
Grenze	§ 52
Jahresarbeitsverdienst	§ 53
Berechnung der Entschädigungen. Beitrags-	
zuschläge	§ 54
Verfahren zur Ermittlung der Zwangsver-	
sicherten. Anmeldung. Verzeichnis	§ 55
Erlöschen. Strafen	§ 56
B. Freiwillige Versicherung	§§ 57 bis 59
Gegenstand der Versicherung. Jahresarbeits-	
verdienst	§ 57
Antrag. Beginn. Erlöschen. Verzeichnis	§ 58
Entschädigung. Beiträge	§ 59
2. Organe und Angestellte der Genossenschaft	§ 60
3. Zahlungsverzug	§ 61
VI. Art der Bekanntmachungen	§ 62
VII. Änderung der Satzung	§ 63
VIII. Veröffentlichung der Satzung	§ 64
IX. Inkrafttreten. Schlußbestimmung	§ 65

Auf Grund der §§ 971 ff. der Reichsversicherungsordnung wird für die Lippische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft nachstehende Satzung errichtet:

1. Name, Sitz und Umfang der Berufsgenossenschaft.

§ 1.

Name und Sitz.

Die auf Grund der §§ 19 ff. des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 132) errichtete Berufsgenossenschaft der Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in dem Fürstentum Lippe führt den Namen Lippische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und hat ihren Sitz in Detmold.

Anmerkung. Nach § 161 der RVO. gelten die Vorschriften des Gesetzes für „landwirtschaftliche“ Betriebe, Arbeitgeber, Unternehmer und Beschäftigte, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, auch für „forstwirtschaftliche“ Betriebe, Arbeitgeber, Unternehmer und Beschäftigte.

§ 2.

Bezirk und Umfang.

Den Bezirk der Genossenschaft bildet das Gebiet des Fürstentums Lippe.

Die Genossenschaft umfaßt alle Betriebe und Tätigkeiten, die nach den §§ 915 bis 921 der RVO. der landwirtschaftlichen Unfallversicherung unterliegen und in dem Bezirke der Genossenschaft ihren Sitz haben. Ausgenommen sind diejenigen Betriebe, welche Nebenbetriebe sind und nach § 540 der RVO. der gewerblichen Unfallversicherung unterliegen, welche nach §§ 922, 542 a. a. D. einem anderen Versicherungsträger zugeteilt sind, für welche nach § 957 a. a. D. das Reich oder ein Bundesstaat an die Stelle der Genossenschaft tritt.

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

iben Ordens:

iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

n.

13.

inisterium.

g.

te zu Talle

beamten für

ernannt.

13.

Regierung.

g.

II. Organisation der Berufsgenossenschaft.

Allgemeine Bestimmung.

§ 3.

Die Genossenschaft wird verwaltet durch
die Genossenschaftsversammlung (§§ 4 ff.),
den Genossenschaftsvorstand (§§ 11 ff.),
den Genossenschaftsausschuß (§ 21) und
die Vertrauensmänner (§§ 22 ff.).

Als Zeitpunkt, mit welchem bei ordentlichen Neuwahlen der ehrenamtlichen Organe die Vorgänger ausscheiden und die Nachfolger eintreten, wird der 1. Oktober bestimmt. Bei außerordentlichen Wahlen ist der Zeitpunkt der vollzogenen Wahl maßgebend.

Genossenschaftsversammlung.

§ 4.

Zusammensetzung. Wahlbezirke.

Die Genossenschaftsversammlung besteht aus Vertretern der Mitglieder.

Die Vertreter werden, so lange nicht die Landesgesetzgebung die Befugnis zur anderweiten Regelung gebraucht, in Wahlbezirken gewählt.

Den ersten Wahlbezirk bilden die Ämter Blomberg, Schieder, Schwalenberg und die Städte Blomberg, Schwalenberg.

Den zweiten die Ämter Brake, Hohenhausen, Sternberg-Barntrup, Barenholz und die Städte Lemgo, Barntrup.

Den dritten die Ämter Detmold, Horn, Lage, Lipperode-Cappel und die Städte Detmold, Horn, Lage.

Den vierten die Ämter Schötmar, Verlinghausen und die Stadt Salzuflen.

Es werden gewählt:

im ersten Wahlbezirke	fünf	Vertreter,
" zweiten "	sieben	"
" dritten "	acht	"
" vierten "	fünf	"

Die Zahl der zu wählenden Ersatzmänner ist dieselbe wie die der Vertreter und ist jeder als Ersatzmann des bestimmten Vertreters zu wählen.

Ist das Amt eines Vertreters unbesezt, so tritt sein Ersatzmann ein. Bei vorübergehender Behinderung des letzteren bestimmt der Genossenschaftsvorstand für ihn einen Stellvertreter aus der Zahl der übrigen Ersatzmänner.

§ 5.

Wahl der Vertreter.

Die Vertreter zur Genossenschaftsversammlung werden in den vier Wahlbezirken gemäß der anliegenden Wahlordnung gewählt, solange nicht die Landesgesetzgebung auf Grund des § 1037 der RVO. die Wahl anderweit regelt.

Jeder Unternehmer oder Vertreter eines Betriebs hat eine und für je volle 30 M Grundsteuer eine weitere Stimme. Die Höchstzahl der Stimmen eines Mitglieds ist 30.

§ 6.

Obliegenheiten.

Der Genossenschaftsversammlung liegt insbesondere ob:

1. die Wahl der Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes und ihrer Ersatzmänner;
2. die Beschlußfassung über Änderungen der Satzung;
3. die Prüfung und die Abnahme der Jahresrechnung;
4. die Vereinbarung mit anderen Genossenschaften zum gemeinsamen Tragen der Entschädigungslast nach §§ 982, 714, 715 der RVO. und die Verteilung des Anteils der Genossenschaft an der gemeinsamen Last auf die einzelnen Mitglieder in diesem Falle (§ 716 der RVO.);
5. die Beschlußfassung über Änderungen des Bestandes der Genossenschaft und deren vermögensrechtliche Folgen nach §§ 960, 636, 637, 645 sowie über Überweisungen von Teilen der Rücklage beim Übergang einzelner Betriebe oder Nebenbetriebe nach § 673 in Verbindung mit § 645 der RVO.;
6. die Beschlußfassung über die Aufstellung und über die Abnahme von der Aufstellung eines Gefahrtarifs sowie über seine Beibehaltung oder Änderung, vorbehaltlich der Befugnis der Genossenschaftsversammlung, die Aufstellung und die Änderung eines solchen Tarifs dem Vorstände zu übertragen;
7. die Beschlußfassung darüber, ob gemäß §§ 979, 712 der RVO. einzelnen Unternehmern Zuschläge aufzulegen oder Nachlässe zu bewilligen sind;
8. die Beschlußfassung über die Dienstordnung für die Angestellten der Genossenschaft gemäß §§ 978, 690 ff. der RVO.;
9. die Bestimmung der Höhe des Pauschbeitrages für Zeitverlust und der Sätze für Reisekosten, welche den Mitgliedern der Organe der Genossenschaft zu gewähren sind, soweit nicht in den §§ 47 und 48 hierüber schon bestimmt ist;
10. die Beschlußfassung über weitere Zuschläge zur Rücklage;
11. die Beschlußfassung über die Unfallverhütungsvorschriften;

führ:
20 Pf.

ipe.

1913.

iben Ordens:

iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.
3.
inisterium.
9.

te zu Talle
beamten für
ernannt.
3.
Regierung.
9.

12. die Wahl der Mitglieder des Genossenschaftsausschusses zur Entscheidung über Einsprüche (§ 21) und ihrer Ersatzmänner, sowie des Ausschusses für die Obliegenheiten der §§ 10 und 24;
13. die alljährliche Feststellung des Voranschlages für die Verwaltungskosten der Genossenschaft einschließlich der Beschlußfassung über die Höhe der Gehälter und sonstigen Entschädigungen, welche denjenigen Angestellten der Genossenschaft gewährt werden, die nicht staatliche oder gemeindliche Beamten sind;
14. die Beschlußfassung über Beitragserhöhung im Sinne des § 50 Abs. 3;
15. die Beschlußfassung über die Errichtung von Heil- und Genesungsanstalten sowie von Anstalten der im § 607 der RVO. bezeichneten Art;
16. die Beschlußfassung über die Gewährung von Belohnungen für Rettung Verunglückter oder für Abwendung von Unfällen und zu Zwecken der Unfallverhütung;
17. die Beschlußfassung über Anträge von Mitgliedern der Genossenschaftsversammlung, sofern sie in den Geschäftskreis der Berufsgenossenschaft gehören und gemäß § 7 letzter Absatz Buchstabe a rechtzeitig zur Aufnahme in die Tagesordnung angemeldet oder gemäß § 9 vorletzter Absatz zur Beschlußfassung zugelassen sind;
18. die Beratung und Beschlußfassung über alle Angelegenheiten, welche der Genossenschaftsversammlung zu diesem Zwecke von dem Vorstand oder dem Reichsversicherungsamte vorgelegt werden;
19. die Beschlußfassung über weitere Einrichtungen der Genossenschaft gemäß §§ 1029, 843 der RVO.

§ 7.

Berufung. Tagesordnung.

Die Genossenschaftsversammlung wird von dem Genossenschaftsvorstande (§ 11) unter Angabe der Gegenstände der Verhandlungen durch eine Einladung berufen, welche wenigstens eine Woche vor dem Versammlungstag in den für die Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blättern zu veröffentlichen ist. Außerdem werden die Vertreter einzeln geladen. Die Einladungen werden als gewöhnliche Briefe (Drucksachen) mit der Post versendet. Ort der Versammlung ist in der Regel Detmold; der Vorstand kann anders bestimmen.

Mit der Einladung oder nachträglich sind den Vertretern die Gegenstände der Verhandlungen (Tagesordnung) mitzuteilen.

Jede auf solche Weise berufene Genossenschaftsversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig, abgesehen von der Ausnahme des § 63.

Ist ein Vertreter an der Teilnahme verhindert, so hat er die Einladung unverzüglich seinem Ersatzmann zu übersenden und außerdem dies dem Vorstande sofort mitzuteilen. Für Einladungen in Gemäßheit dieses Absatzes fällt die im Absatz 1 festgestellte Frist fort.

Alljährlich findet eine ordentliche Genossenschaftsversammlung statt.

Außerordentliche Genossenschaftsversammlungen beruft der Genossenschaftsvorstand, sofern dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich erscheint.

Die Genossenschaftsversammlung muß binnen drei Wochen berufen werden, wenn das Reichsversicherungsamt, oder wenn zehn Vertreter, oder wenn Mitglieder es schriftlich verlangen, welche mindestens den zwanzigsten Teil der Unternehmer der in der Genossenschaft vereinigten Betriebe darstellen.

Ebenso ist der Vorstand verpflichtet, diejenigen Gegenstände auf die Tagesordnung der Genossenschaftsversammlung zu setzen und, wenn tunlich, den Vertretern vor dem Versammlungstage mitzuteilen, welche

- a) von den im vorhergehenden Absätze genannten Personen spätestens eine Woche vor dem angesetzten Versammlungstage zur Beratung angemeldet werden, sofern sie in den Geschäftskreis der Berufs-genossenschaft gehören,
- b) vom Reichsversicherungsamt ihm bezeichnet werden.

§ 8.

Verhandlung.

Der Vorsitzende des Genossenschaftsvorstandes eröffnet, leitet und schließt die Verhandlungen der Genossenschaftsversammlung; er kann sich durch seinen Stellvertreter oder in dessen Behinderung durch ein sonstiges Vorstandsmitglied vertreten lassen. Zur Unterstützung des Vorsitzenden werden von ihm aus der Versammlung zwei Beisitzer und zwei Schriftführer gewählt. Befinden sich unter den Gegenständen der Verhandlungen Erinnerungen gegen die Geschäftsführung des Vorstandes, so hat auf Antrag von mindestens einem Fünftel der anwesenden Mitgliedervertreter der Vorsitzende zur Verhandlung über diese Gegenstände der Tagesordnung die Wahl eines anderen Leiters der Versammlung herbeizuführen.

Jedes Mitglied des Vorstandes ist befugt, den Genossenschaftsversammlungen beizuwohnen und sich an den Beratungen zu beteiligen. Der Vorsitzende des Genossenschaftsvorstandes kann, und

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

Iben Ordens:

Iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.

13.

Ministerium.

9.

le zu Talle

beamten für

ernannt.

13.

Regierung.

9.

sofern ein darauf gerichteter Beschluß des Genossenschaftsvorstandes vorliegt, muß Angestellte der Genossenschaft und andere Personen in der Genossenschaftsversammlung zur Auskunfterteilung oder Berichterstattung zuziehen, auch mit der Niederschrift der Verhandlung beauftragen. Er kann, sofern es der Raum zuläßt, Genossenschaftsmitgliedern gestatten, der Versammlung als Zuhörer beizuwohnen.

Der Leiter der Versammlung hat das Recht, Anwesenden, die den zur Leitung der Versammlung oder zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffenen Anordnungen nicht Folge leisten, das Wort zu entziehen oder sie aus dem Versammlungsraume zu verweisen.

Die Vertreter des Reichsversicherungsamts und die Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes müssen in den Genossenschaftsversammlungen auf ihren Antrag jederzeit gehört werden.

§ 9.

(Fortsetzung.)

Jeder anwesende Vertreter oder Ersatzmann eines solchen hat eine Stimme.

Die Beschlüsse werden, abgesehen von Änderungen der Satzung (§ 63) mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Das Gleiche gilt für Wahlen, soweit sie nicht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gemäß der anliegenden Wahlordnung vorzunehmen sind.

Die Art der Abstimmung (Zuruf, Handerheben, Aufstehen usw.) bestimmt der Vorsitzende. Es wird mit verdeckten Stimmzetteln abgestimmt, wenn es sich um eine Verhältniswahl handelt (§ 15 der RVD.) oder mehr als der zehnte Teil der Anwesenden es verlangt. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet bei geheimer Stimmabgabe das von dem Vorsitzenden zu ziehende Los, bei sonstigen Abstimmungen gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag (§ 9 der RVD.).

Zum Ausweise der Vertreter dient die Einladung zur Genossenschaftsversammlung. Die Ausweise der Vertreter werden von dem Vorsitzenden geprüft. Im Falle einer Beanstandung des Ausweises entscheidet die Versammlung über die Zulassung.

Angelegenheiten, welche nicht bei der Berufung der Genossenschaftsversammlung oder nach § 7 letzter Absatz als Gegenstände der Verhandlung bezeichnet worden sind, dürfen, abgesehen von Änderungen der Satzung, zur Beratung und Beschlußfassung zugelassen werden, jedoch nur, wenn aus der Mitte der Versammlung nicht widersprochen wird, oder wenn es sich um einen Antrag auf Berufung einer außerordentlichen Genossenschaftsversammlung handelt.

Die Beschlüsse sind unter Angabe des Tages der Sitzung aufzuzeichnen, in ein Verhandlungsbuch einzutragen sowie von dem Vorsitzenden und einem der Schriftführer zu unterschreiben und aufzubewahren.

§ 10.

Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung.

Die Jahresrechnung wird alljährlich durch die ordentliche Genossenschaftsversammlung geprüft und abgenommen. Sie muß vorher durch einen Ausschuß geprüft werden.

Der Ausschuß besteht aus drei Genossenschaftsmitgliedern. Er wird in der ordentlichen Genossenschaftsversammlung auf vier Jahre gewählt. Für jedes Mitglied des Ausschusses ist ein Ersatzmann zu wählen, welcher auch als Stellvertreter im Behinderungsfalle gilt.

Die Mitglieder des Ausschusses sind befugt, die Bücher, Rechnungsbelege und Akten der Genossenschaft einzusehen sowie ihren Kassenbestand und ihre Bestände an Wertpapieren und sonstigen Vermögensstücken zu prüfen.

Genossenschaftsvorstand.

§ 11.

Zusammensetzung.

Der Vorstand besteht aus fünf Mitgliedern und zwar Vertretern der Unternehmer.

Im Vorstande sollen vertreten sein folgende Betriebsarten durch mindestens je ein Mitglied:

1. Forstbetriebe;
2. landwirtschaftliche Betriebe mit über 300 *M* veranlagter Grundsteuer;
3. landwirtschaftliche Betriebe mit mindestens 30, aber nicht mehr als 300 *M* veranlagter Grundsteuer;
4. landwirtschaftliche Betriebe mit unter 30 *M* veranlagter Grundsteuer.

Für die Mitglieder des Vorstandes sind Ersatzmänner in gleicher Zahl zu wählen; sie sollen denselben Vertretungskreisen (Abs. 2) angehören. Für die Ersatzmänner finden die Bestimmungen des § 4 entsprechende Anwendung.

§ 12.

Wahl.

Die Wahl regelt die der Satzung beigelegte Wahlordnung (§ 15 der RVO.).

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

Iben Ordens:

Iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.
3.
Ministerium.

9.

te zu Talle
beamten für
ernannt.

13.
Regierung.

9.

§ 13.

Amtsdauer. Ausscheiden der Mitglieder.

Die Mitglieder des Vorstandes und ihre Ersatzmänner werden nach § 16 der RVO. auf vier Jahre gewählt, bleiben aber nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amte, bis ihre Nachfolger in den Vorstand eingetreten sind.

Alle zwei Jahre scheidet die Hälfte der Vorstandsmitglieder und ihrer Ersatzmänner aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird unter den erstmalig Gewählten durch das Los, nachher durch das Dienstalter, bei gleichem Dienstalter durch das Lebensalter, bestimmt. Der Vorsitzende des Vorstandes nimmt an der Auslosung nicht teil. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar (§ 16 a. a. O.).

Mitglieder des Vorstandes, welche die Wählbarkeit verlieren, scheiden aus (§ 24 der RVO.).

Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so tritt der Ersatzmann in den Vorstand ein. Fehlt es an Ersatzmännern, so führt der Vorstand auch in seiner geringeren Mitgliederzahl und einer dem § 11 Abs. 2 nicht mehr entsprechenden Zusammensetzung die Geschäfte fort, so lange die Zahl der Mitglieder nicht unter drei heruntergeht. Im letzteren Falle ist zu einer Ergänzungswahl sofort eine Genossenschaftsversammlung einzuberufen. Der Ersatzmann sowie der Neugewählte bleiben nur so lange im Amte, als die Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds gedauert haben würde.

§ 14.

Vorsitz.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte auf die Dauer von vier Jahren einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einen Schriftführer und einen Rechnungsführer, sofern nicht besondere Beamte für die Rechnungsführung angestellt und im Dienste sind.

Den Vorsitzenden hat im Falle seiner Behinderung oder in seinem Auftrage sein Stellvertreter und bei dessen Behinderung das älteste der übrigen Mitglieder des Vorstandes zu vertreten. An Stelle des letzteren kann ein anderes Mitglied von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter mit dem Voritze betraut werden.

§ 15.

Sitzungen. Beschlussfassung.

Der Vorsitzende beruft den Vorstand nach Bedürfnis zu Sitzungen. Er ist hierzu innerhalb zweier Wochen verpflichtet, wenn dies von drei Vorstandsmitgliedern unter Angabe der Verhandlungsgegen-

stände schriftlich beantragt wird. Zu allen Sitzungen hat der Vorsitzende die Mitglieder, wenn tunlich eine Woche, mindestens aber drei Tage vorher unter Bezeichnung der wichtigeren Beratungsgegenstände schriftlich einzuladen.

Ob ein eiliger Fall vorliegt, und deshalb gemäß § 7 der RVO. schriftlich abgestimmt werden kann, entscheidet der Vorsitzende.

§ 16.

(Fortsetzung.)

Der Vorstand faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der in der Sitzung Anwesenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit ist eine zweite Sitzung zu berufen, in welcher der Vorstand ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig ist.

§ 17.

(Fortsetzung.)

Die Vorstandssitzungen werden von dem Vorsitzenden eröffnet, geleitet und geschlossen. Die gefaßten Beschlüsse sind unter Angabe des Tages der Sitzung und der in ihr Anwesenden aufzuzeichnen und von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterschreiben. Die Aufbewahrung der Beschlüsse ist durch fortlaufende Bezeichnung der Seitenzahl zu sichern.

Den Vorstandssitzungen können diejenigen Angestellten der Genossenschaft beiwohnen, welche der Vorsitzende hierzu bestimmt; sie haben kein Stimmrecht, können jedoch von dem Vorsitzenden mit dem Vortrag aus den Akten und mit der Niederschrift der Verhandlung betraut werden.

§ 18.

Vertretung. Willenserklärung.

Die Genossenschaft und ihr Vorstand werden — vorbehaltlich der Bestimmung des § 24 — nach außen (gerichtlich und außergerichtlich) durch den Vorsitzenden vertreten.

Dies gilt insbesondere für

1. die Anweisung der Entschädigung zur Zahlung durch die Post gemäß § 726 RVO.,
2. die Vereinnahmung und Auszahlung von Bargeld im Kassenverkehr,

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

Iben Ordens:

Iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.

13.

Ministerium.

29.

Te zu Talle

beamten für

ernannt.

13.

Regierung.

29.

3. die Verfügung über Bank- und Postcheckguthaben der Genossenschaft, soweit sie

- a) in Überweisung an die Post oder auf ein anderes Konto der Genossenschaft besteht,
- b) in einem Kalendermonat 2000 M nicht übersteigt.

Bei anderen als den im Abs. 2 bezeichneten Verfügungen über Vermögensgegenstände und bei Eingehung von Verpflichtungen wird die Genossenschaft, sofern es sich um Werte von mehr als 300 M handelt, durch den Vorsitzenden und ein zweites Mitglied des Vorstandes vertreten.

Die Willenserklärungen werden im Namen der Genossenschaft oder des Vorstandes abgegeben. Sie sollen, soweit sie schriftlich ergehen, derart erfolgen, daß der Vorsitzende und, soweit es der Mitwirkung weiterer Vorstandsmitglieder bedarf, diese der Bezeichnung der Genossenschaft oder des Vorstandes ihren ausgeschriebenen Familiennamen eigenhändig beifügen.

Für einzelne Arten von Angelegenheiten von geringer Bedeutung, zu deren Bestimmung es der Genehmigung des Reichsversicherungsamts bedarf, genügt als Unterschrift der Abdruck des Namenszugs oder die Beglaubigung durch einen dazu ermächtigten Angestellten der Genossenschaft.

Ständige Stellvertreter sollen mit dem Zusatz „in Vertretung“, beauftragte Stellvertreter mit dem Zusatz „im Auftrage“ zeichnen.

Zur Abgabe einer Willenserklärung gegenüber der Genossenschaft oder dem Vorstande genügt die Abgabe gegenüber dem Vorsitzenden.

Der Vorstand führt ein Siegel, dessen Aufschrift die Genossenschaft bezeichnet.

§ 19.

Geschäftsführung.

Der Vorstand verwaltet die Genossenschaft, soweit Gesetz oder Satzung nichts anderes bestimmen.

Die Errichtung von Abteilungen zur gesonderten Erledigung einzelner Angelegenheiten ist zulässig.

Der Vorstand hat alljährlich über die Verwaltung des letzten Jahres der Genossenschaftsversammlung zu berichten.

Er hat auch über die gesamte Vermögensverwaltung eines jeden Rechnungsjahres tunlichst in den ersten 6 Monaten des folgenden Jahres, jedenfalls innerhalb des letzteren Rechnung zu legen und über das am Schlusse des Rechnungsjahres vorhandene Vermögen einschließlich der Rücklage eine Übersicht aufzustellen.

Bei Aufstellung der Vermögensübersicht sind Wertpapiere und alle anderen Vermögensgegenstände einschließlich der Grundstücke

mit ihrem Anschaffungs- (Ankaufs-) preis anzusetzen. Außerdem ist für Wertpapiere, welche einen Börsenpreis haben, dessen Höhe zur Zeit der Aufstellung anzugeben, wenn er um mehr als 2 vom Hundert von dem Anschaffungspreis abweicht.

§ 20.

Strafgewalt. Ersahforderungen.

Der Vorstand kann gegen Unternehmer und ihnen nach § 912 der AVO. Gleichgestellte, die ihren satzungsmäßigen Pflichten zuwiderhandeln, Geldstrafen bis zu 25 M. verhängen.

Auf den Vorstand wird das Recht übertragen, auf einen Ersahanspruch aus §§ 903 ff. der AVO. zu verzichten.

Genossenschaftsausschuß zur Entscheidung über Einsprüche.

§ 21.

Der Genossenschaftsausschuß (§ 1000 Abs. 2, § 1023 Abs. 2 der AVO.) besteht aus drei Mitgliedern. Für je ein Mitglied ist ein Ersahmann zu wählen, der zugleich als Stellvertreter im Behinderungsfalle gilt.

Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt vier Jahre.

Der Ausschuß ist nur in voller Besetzung beschlußfähig.

Seine Geschäftsordnung regelt der Ausschuß selbst.

Vertrauensmänner.

§ 22.

Bezirke. Wahl.

Als örtliche Genossenschaftsorgane werden Vertrauensmänner und Stellvertreter derselben eingesetzt.

Die Vertrauensmänner und ihre Stellvertreter werden auf vier Jahre gewählt.

Die Stellvertreter können von dem Genossenschaftsvorstande selbständig für Teile des Bezirks mit denselben Obliegenheiten wie die Vertrauensmänner beauftragt werden.

Die Zahl der Vertrauensmänner und ihrer Stellvertreter, die Abgrenzung und die Veränderung ihrer Bezirke sowie ihre und ihrer Stellvertreter Wahl werden durch den Genossenschaftsvorstand bestimmt.

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

iben Ordens:

iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

13.
Ministerium.

9.
le zu Talle
beamten für
ernannt.
13.
Regierung.
9.

Obliegenheiten.

Den Vertrauensmännern liegt insbesondere ob:

1. die Mitwirkung bei der Ermittlung der für die Beitragsberechnung in Betracht kommenden Betriebsverhältnisse;
2. die Entgegennahme der Anzeigen von Unfällen und Weiterbeförderung derselben an den Vorstand;
3. die Vertretung der Genossenschaft bei der Untersuchung aller Unfälle in ihrem Bezirke, sofern ihnen nicht mitgeteilt ist, daß der Vorstand besondere Vertretung angeordnet hat;
4. die Vertretung der Genossenschaft vor den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern, sofern sie ihnen vom Genossenschaftsvorstand übertragen wird;
5. die Begutachtung der festzustellenden Entschädigungen gemäß § 44;
6. auf Verlangen des Vorstandes die erste Prüfung der Lohnnachweisungen und die Mitwirkung bei der Aufstellung der nicht rechtzeitig eingesandten Nachweisungen gemäß § 1016 Abs. 3 der RVO., die Vermittlung der im § 51 vorgeschriebenen Anmeldungen und die Mitwirkung bei der Aufstellung der nicht rechtzeitig eingesandten Nachweisungen;
7. die Mitwirkung bei Aufstellung und Fortführung des Unternehmerverzeichnisses nach näherer Anweisung des Genossenschaftsvorstandes;
8. die Ermittlung der nicht angemeldeten versicherungspflichtigen Betriebe und Tätigkeiten und der nicht angemeldeten anmeldspflichtigen zwangsversicherten Unternehmer (§ 55) ihres Bezirkes;
9. die Mitwirkung bei den in den §§ 52 bis 59 vorgesehenen Anmeldungen und Anzeigen der Betriebsunternehmer;
10. die Überwachung der in ärztlicher Behandlung befindlichen Kranken und der Rentenempfänger ihres Bezirkes, sowie die Anzeige über etwaige Veränderungen in der Erwerbsunfähigkeit der Rentenempfänger und über die ihnen bekannt gewordenen Fälle von Täuschung, unbeschadet der Mitwirkung der beteiligten Betriebsunternehmer;
11. die Einsichtnahme in die Bücher und Listen der Krankentassen nach § 344 der RVO., wenn ihnen hierzu von dem Genossenschaftsvorstand Auftrag erteilt wird.

Außerdem haben die Vertrauensmänner die Rechte und Interessen der Genossenschaft in allen Beziehungen zu wahren und, wo sie diese verletzt glauben, dem Genossenschaftsvorstand Anzeige zu erstatten. Ferner sollen sie, wenn ihnen bekannt wird, daß in einem

Betriebe oder bei einer mitversicherten Tätigkeit die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet werden, dem Genossenschaftsvorstande und den technischen Aufsichtsbeamten sofort Anzeige machen und diese durch Mitteilungen auf Grund ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse unterstützen.

Die Geschäftsführung der Vertrauensmänner wird durch den Genossenschaftsvorstand geregelt.

Vertretung der Genossenschaft gegenüber dem Vorstande.

§ 24.

Die Genossenschaft wird gegenüber dem Vorstande durch denselben Ausschuss vertreten, welcher gemäß § 10 zu wählen ist.

Für die Beschlussfassung des Ausschusses ist Stimmenmehrheit erforderlich.

Über Streitigkeiten über den Umfang seiner Vertretungsmacht und seiner Befugnisse entscheidet das Reichsversicherungsamt.

III. Verwaltung der Berufsgenossenschaft.

Betriebsstock.

§ 25.

Die Genossenschaftsversammlung kann die Ansammlung eines Betriebsstocks beschließen. Der Beschluss hat auch über die Höhe und die Art des Betriebsstocks — entweder eiserner oder auf die Umlegebeiträge zu verrechnender Betriebsstock — zu bestimmen.

Rücklage.

§ 26.

Zur Bildung einer Rücklage sind der Umlegung des Jahresbedarfs jährlich 2, auf besonderen Beschluss des Genossenschaftsvorstandes bis 4 vom Hundert zuzuschlagen, bis die Rücklage das Doppelte des jeweiligen Jahresbedarfs erreicht.

§ 27.

Zuschläge zur Grundsteuer, Beitrags- und Zahlungspflicht.

Die Beiträge der Berufsgenossen werden durch Zuschläge zu der veranlagten staatlichen Grundsteuer aufgebracht.

Mitglieder, welche die Grundsteuer für die Betriebsgrundstücke

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.

3.

ministerium.

9.

te zu Talle

beamten für

ernannt.

13.

Regierung.

9.

ganz oder zu einem Teil nicht zu zahlen haben, wie z. B. Pächter wegen ihrer Pachtländereien, sind vorbehaltlich der Bestimmungen des letzten Absatzes nach Maßgabe derjenigen veranlagten staatlichen Grundsteuer beitragspflichtig, welche auf die von ihnen bewirtschafteten Grundstücke entfällt.

Bewirtschaftet ein Unternehmer nur einen Teil eines einheitlich zur Grundsteuer veranlagten Grundstücks, so wird der auf den Teil entfallende Grundsteuerbetrag nach Verhältnis der bewirtschafteten Fläche festgesetzt.

Liegt eine Veranlagung zur Grundsteuer nicht vor, so ist dafür ein angenommener Betrag von drei Mark für das Hektar maßgebend. Für Grundstücke, welche außerhalb des Fürstentums Lippe gelegen sind, kann der Vorstand denselben angenommenen Veranlagungsbetrag zur Anwendung bringen, wenn die nichtlippische Veranlagung nicht nachgewiesen wird oder zu niedrig erscheint.

Die Zahlung der Beiträge liegt vorbehaltlich des Erstattungsanspruches gegen den nach Abs. 2 beitragspflichtigen Unternehmer demjenigen ob, der gesetzlich zur Grundsteuer für die Grundstücke der genossenschaftlichen Betriebe veranlagt ist oder veranlagt sein würde, wenn die Grundstücke von der Grundsteuer befreit wären.

§ 28.

Angenommene Grundsteuer für Betriebe ohne Bodenwirtschaft, Nebenbetriebe und andere gewerbliche Betriebe, sowie für Tätigkeiten.

Für

- a) land- und forstwirtschaftliche Betriebe, in denen für Rechnung ihres Unternehmers keine Bodenwirtschaft betrieben wird, oder in denen solche eigene Bodenwirtschaft nur nebensächliche Bedeutung hat, insbesondere Milchviehhaltungs- oder Mastungsbetriebe, Viehzüchtereien, Landschafts- und andere gewerbliche Gärtnereien, die hauptsächlich fremde Gartenanlagen pflegen, ferner land- oder forstwirtschaftlich nutzbare Baumanlagen an Straßen, Plätzen und Dämmen,
- b) landwirtschaftlich versicherte Friedhofsbetriebe,
- c) land- oder forstwirtschaftliche Nebenbetriebe und andere bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versicherte, ihrer Art nach der gewerblichen Unfallversicherung unterliegende Betriebe,
- d) landwirtschaftlich versicherte Tätigkeiten, die ihrer Art nach der gewerblichen Unfallversicherung bei einer Zweiganstalt oder einer Versicherungsgenossenschaft unterliegen würden, werden besondere Beiträge, im Falle zu a neben den für etwaige

eigene Bodenwirtschaft nach der Grundsteuer zu zahlenden Beiträgen, aufgebracht. Diese werden nach dem jährlichen Arbeitsbedarf und der Gefahr (§ 29) der Veranstaltung (Betrieb, Nebenbetrieb, Tätigkeit) festgesetzt, und zwar unter vergleichsweiser Berücksichtigung der entsprechenden allgemeinen und durchschnittlichen Verhältnisse bei der Bodenwirtschaft, für welche die Beiträge nach § 27 zu berechnen sind. Bei der Abschätzung des Arbeitsbedarfs sind die Arbeitstage, welche auf die eigene schon nach der Grundsteuer beitragspflichtige Bodenwirtschaft entfallen, nicht mitzurechnen.

Für je volle 10 Arbeitstage wird ein Beitrag von 50 Pf. erhoben, vorbehaltlich der im § 29 vorgeschriebenen Abstufung. Der Beitrag vergrößert und verringert sich um je 20 vom Hundert, sobald und so oft die gesamte Umlage der Genossenschaft um 20 vom Hundert über oder unter den Betrag von 90 000 M sich verändert.

§ 29.

Abstufung nach Unfallgefahr.

Für die im § 28 bezeichneten Veranstaltungen werden die Beiträge nach der Unfallgefahr abgestuft.

Hierzu wird ein Gefahrarif von der Genossenschaftsversammlung zunächst für zwei, später für je fünf Jahre beschlossen, welcher dem Reichsversicherungsamte zur Genehmigung vorzulegen ist.

§ 30.

Verfahren bei Festsetzung der angenommenen Grundsteuer.

Die Abschätzung des Arbeitsbedarfs, die Veranlagung zu den Klassen des Gefahrarifs und falls der Beitrag nach einer angenommenen Grundsteuer erhoben wird, die Festsetzung des letzteren auf dieser Grundlage, andernfalls die direkte Beitragsfestsetzung erfolgt alljährlich durch den Genossenschaftsvorstand, welcher sich dabei der Hilfe der Vertrauensmänner bedienen kann.

Wegen der Beitragsfestsetzung steht dem Unternehmer der Widerspruch, Einspruch und die Beschwerde nach Maßgabe der §§ 999 bis 1001 der RVO. zu.

§ 31.

Anmeldungen.

Veranstaltungen — Betriebe, Nebenbetriebe und Tätigkeiten —, welche gemäß § 28 zu Beiträgen herangezogen werden müssen, sind binnen 2 Wochen nach Inkrafttreten der Satzung oder nach ihrer Eröffnung, ihrem Beginn oder dem sonstigen Eintritte der tatsächlichen Voraussetzungen für diese Beitragserhebung bei dem Genossen-

bühr:
20 Pf.

ipe.

1913.

iben Ordens:

iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.
3.
Ministerium.
9.

te zu Talle
beamten für
ernannt.
13.
Regierung.
9.

schaftsvorstand unter Benützung eines von diesem zu bestimmenden Bordrucks anzumelden. Bordrucke zu diesen Anmeldungen werden vom Genossenschaftsvorstande auf Anfordern verabsolgt. Der Wegfall der Voraussetzungen und der Eintritt einer für die Beitragsberechnung wesentlichen Veränderung (§ 30) sind in gleicher Weise anzuzeigen. Auch hat der Unternehmer auf Erfordern des Genossenschaftsvorstandes diesem die für die Abschätzung und Veranlagung erforderlichen Unterlagen einzureichen.

§ 32.

Erstmaliges Verzeichniß.

Der Unternehmer hat dem Vorstande binnen einer von diesem zu bestimmenden und öffentlich bekannt zu machenden Frist die für die Wahlen (§ 15 RVO. §§ 5 und 11 der Satzung) und für die Veranlagung zu den Beiträgen (§§ 27, 28 bis 31 der Satzung) notwendigen Auskünfte zu geben. Dabei sind die vom Vorstande aufgestellten Bordrucke zu benützen.

Betriebseröffnung.

§ 33.

Die Eröffnung eines neuen Betriebs der in § 2 bezeichneten Art sowie den Beginn einer der daselbst bezeichneten Tätigkeiten hat der Unternehmer der Gemeindebehörde des Betriebssitzes und dem Genossenschaftsvorstand unter Angabe der Art und des Umfangs des Betriebes oder der Tätigkeit schriftlich binnen einem Monat anzuzeigen.

Betriebsänderungen.

§ 34.

Die Genossenschaftsmitglieder haben Änderungen ihrer Betriebe einschließlich der mitversicherten Nebenbetriebe und der im § 921 der RVO. bezeichneten Tätigkeiten, die für die Zugehörigkeit zu der Genossenschaft oder für die Umlage wichtig sind, dem Genossenschaftsvorstande binnen zwei Wochen nach Eintritt der Änderung schriftlich anzuzeigen.

Die Zugehörigkeit zur Genossenschaft bemißt sich nach § 2.

Die Anmeldung der Änderungen ist unter Benützung des Bordrucks zu bewirken, welcher auf Anfordern vom Genossenschaftsvorstande verabsolgt wird.

* Gelangt auf andere Weise eine wichtige Betriebsänderung (Abs. 1) zur Kenntnis des Genossenschaftsvorstandes oder Vertrauens-

manns, so hat dieser den Betriebsunternehmer unter Hinweis auf die in dem § 1044 Nr. 1 der R.W.D. angedrohten Strafen zur vorschriftsmäßigen Anmeldung zu veranlassen und diese nötigenfalls selbst zu bewirken.

Das weitere Verfahren richtet sich, was die Zugehörigkeit zur Genossenschaft betrifft, nach den §§ 969, 666 ff. der R.W.D., was das Umlegen der Beiträge anlangt, nach §§ 27 bis 31 der Satzung.

Tritt infolge der Betriebsänderung eine Ermäßigung des Beitrags oder der Fortfall der Beitragspflicht ein, so hat der Unternehmer, falls er die Betriebsänderung zu spät angezeigt hat, keinen Anspruch auf deren Berücksichtigung für die Zeit vor Erstattung der Anzeige.

Wechsel des Unternehmers.

§ 35.

Anzeige.

Jeden Wechsel der Person, für deren Rechnung der Betrieb geht, hat der bisherige und neue Unternehmer oder sein gesetzlicher Vertreter binnen zwei Wochen dem Genossenschaftsvorstande schriftlich anzuzeigen.

§ 36.

Sicherheitsleistung.

Alsbalb nach erfolgtem Wechsel hat der bisherige Unternehmer für die Zeit vom Ablaufe desjenigen Kalenderjahres, für welches der Beitrag zuletzt entrichtet worden ist, bis zum Eintritte des Wechsels den anteiligen Betrag des letzten für den Betrieb entrichteten Jahresbeitrags zur Sicherheit zu hinterlegen. Tritt der Wechsel in der Person des Betriebsunternehmers vor der ersten Umlage der Beiträge auf den Betrieb ein, so kann die Sicherheit in Höhe des wahrscheinlichen Beitrags für das laufende Jahr gefordert werden.

Wird die Sicherheit nicht rechtzeitig geleistet, so hat der Genossenschaftsvorstand sie sofort nach § 28 der R.W.D. beizutreiben.

Der Genossenschaftsvorstand kann die Sicherheitsleistung erlassen, wenn der Eingang des von dem früheren Unternehmer geschuldeten Beitrags anderweit gesichert erscheint, insbesondere eine schriftliche Erklärung des neuen Unternehmers beigebracht wird, daß er die Beitragsschuld des früheren Unternehmers übernimmt.

Von der zur Sicherheit eingezahlten Summe wird später der zu berechnende Beitrag bestritten; der überschießende Betrag wird zurückgezahlt, ein etwaiger Fehlbetrag eingezogen.

Der Genossenschaftsvorstand kann mit dem Betriebsunternehmer

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

oben Ordens:

oben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.

3.

Ministerium.

9.

zu Talle
beamten für
ernannt.

13.

Regierung.

9.

an Stelle der Sicherheitsleistung eine entsprechende einmalige Abfindung vereinbaren.

§ 37.

Lohnnachweisung.

Binnen 4 Wochen nach dem Wechsel des Unternehmers hat der bisherige Unternehmer, welcher versicherte Betriebsbeamte oder Facharbeiter (§§ 49 bis 51 der Satzung) beschäftigt hat, für die Zeit vom Ablaufe des letzten Rechnungsjahres bis zum Tage der Übernahme des Betriebs durch den neuen Unternehmer den im § 1016 Abs. 1 der RVO. (§ 51 der Satzung) bezeichneten Nachweis über den Entgelt dieser Versicherten dem Genossenschaftsvorstand einzureichen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, so stellt der Genossenschaftsvorstand den Nachweis auf.

Einstellen und Ausscheiden des Betriebs.

§ 38.

Ist ein Betrieb, ein Nebenbetrieb oder eine der im § 921, der RVO. bezeichneten Tätigkeiten eingestellt worden, oder ist ein Betrieb nach § 540 Nr. 1 Abs. 2 der RVO. infolge jahungsmäßiger Bestimmung einer gewerblichen Berufsgenossenschaft aus der Versicherung bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ausgeschieden, so hat dies der Unternehmer dem Genossenschaftsvorstande binnen 2 Wochen schriftlich anzuzeigen; er kann sich hierbei der Vermittlung des Vertrauensmanns bedienen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkte, zu welchem der Unternehmer die Einstellung oder die das Ausscheiden des Betriebs begründende Tatsache kannte oder den Umständen nach kennen mußte.

Die Bestimmungen der §§ 35 bis 37 gelten entsprechend.

Vorschüsse.

§ 39.

Die Mitglieder haben auf Beschluß des Genossenschaftsvorstandes Vorschüsse auf die Beiträge zu zahlen.

Insbefondere ist der Vorstand berechtigt,

- a) von Betrieben von voraussichtlich vorübergehender Dauer,
- b) von einzelnen Mitgliedern, die mit der Zahlung der Beiträge wiederholt im Verzug gewesen sind, Vorschüsse einzufordern.

Die Fälligkeitstage bestimmt der Genossenschaftsvorstand.

Aufbringung des Postvorschlusses.

§ 40.

Machen die obersten Postbehörden von dem Rechte der Einziehung eines Vorschlusses Gebrauch (§§ 988, 728 der RVO.), so sind die erforderlichen Mittel, soweit sie nicht aus der Umlage für das abgelaufene Geschäftsjahr zur Verfügung gestellt werden, von den Mitgliedern des laufenden Geschäftsjahrs durch Beiträge aufzubringen, es sei denn, daß sie durch zeitweilige Anleihen beschafft werden, worüber der Genossenschaftsvorstand zu befinden hat.

Mahnverfahren.

§ 41.

Vor der Beitreibung von Rückständen (§ 28 Abs. 1 der RVO.) ist der Säumnige von der Gemeinde oder von dem Genossenschaftsvorstande durch einfachen oder eingeschriebenen Brief oder mündlich nochmals besonders zur Zahlung innerhalb der nächsten drei Werkstage aufzufordern. Hierfür wird eine Mahngebühr erhoben, welche eins vom Hundert des rückständigen Betrags, mindestens aber 10 Pf., im Falle der Mahnung durch eingeschriebenen Brief 30 Pf. — und höchstens 3 M. beträgt.

Anzeige und Untersuchung der Unfälle.

§ 42.

Der Betriebsunternehmer hat jeden Unfall in seinem Betriebe, durch den ein im Betriebe Beschäftigter getötet oder so verletzt ist, daß er stirbt, oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird, außer der Ortspolizeibehörde dem Genossenschaftsvorstande mündlich oder schriftlich anzuzeigen. Er kann sich dabei der Hilfe des zuständigen Vertrauensmannes bedienen. Unfälle des versicherten Unternehmers und seines versicherten Ehegatten sind in gleicher Weise zur Anzeige zu bringen.

Unfälle, die voraussichtlich die Genossenschaft mit Hinterbliebenen- oder dauernder Unfallrente von mehr als einem Fünftel der Vollrente belasten, hat der Vertrauensmann dem Genossenschaftsvorstande sofort anzuzeigen.

An der Unfalluntersuchung (§§ 1559 ff. der RVO.) soll in der Regel als Vertreter der Genossenschaft der Vertrauensmann teilnehmen. Dem Genossenschaftsvorstande steht es frei, sich neben dem Vertrauensmann oder statt seiner durch ein oder mehrere seiner Mitglieder oder durch andere Bevollmächtigte vertreten zu lassen.

Diese Vertreter erhalten, soweit erforderlich, zum Ausweis eine schriftliche Vollmacht.

Mühr:
20 Pf.

ipe.

1913.

Oben Ordens:

Oben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.
3.
Ministerium.
9.

Le zu Talle
beamten für
ernannt.
13.
Regierung.
9.

Der Vertreter der Genossenschaft hat dem Genossenschaftsvorstand über das Ergebnis der Untersuchung binnen zwei Tagen zu berichten.

Erfährt der Betriebsunternehmer, daß der Verletzte durch den Arzt wieder für erwerbsfähig erklärt worden ist, so hat er dies dem Vertrauensmanne sofort anzuzeigen.

Lohnnachweis, Lohnlisten.

§ 43.

Der Lohnnachweis, den der Unternehmer der Genossenschaft zur Feststellung der Entschädigung für Betriebsbeamte und Facharbeiter nach §§ 931, 1581 Abs. 1 der RVD. einzureichen hat, ist nach einem Bordrucke des Genossenschaftsvorstandes aufzustellen.

Hierzu hat der Unternehmer Lohnausweise zu führen und aufzubewahren, aus denen sich die Namen, die Art und die Zeit der Beschäftigung, sowie der Entgelt (§ 160 der RVD.) der einzelnen Betriebsbeamten und Facharbeiter für jeden Arbeitstag ergeben. Wird der Entgelt nach größeren Zeitabschnitten (Wochen, Monaten) bemessen, so ist er für diese anzugeben.

Feststellung der Entschädigungen.

§ 44.

Die Leistungen der Unfallversicherung werden festgestellt:

1. wenn es sich handelt um
 - a) Krankenbehandlung (§ 558 Nr. 1 der RVD.) oder Hauspflege (§ 599 der RVD.),
 - b) Rente für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit,
 - c) Heilanstaltspflege,
 - d) Angehörigenrente,
 - e) Sterbegeld,

durch einen Ausschuß des Genossenschaftsvorstandes, welcher in der Zahl von 3 Mitgliedern von dem Genossenschaftsvorstand aus seiner Mitte zu wählen und beim Ausscheiden eines Mitglieds zu ergänzen ist;

2. in allen übrigen Fällen durch den Genossenschaftsvorstand.

Handelt es sich gleichzeitig um Fälle der Nr. 1 und 2, so ist die zur Feststellung der Entschädigungen in den Fällen der Nr. 2 berufene Stelle auch für die Beschlussfassung in den Fällen der Nr. 1 zuständig; das Gleiche gilt, wenn in derselben Unfallsache bereits nach Nr. 2 ein Beschluß gefaßt ist oder voraussichtlich demnächst zu fassen sein wird.

Der Ausschuß des Genossenschaftsvorstandes ist auch befugt:

1. von der Rückforderung einer vor rechtskräftiger Entscheidung gezahlten Entschädigung abzusehen (zu vergleichen §§ 955, 620 der RVD.) sowie die Rente gemäß §§ 955, 613 Abs. 2 der RVD. für einen längeren Zeitabschnitt zu gewähren;
2. in Fällen der §§ 950, 590 Abs. 2 der RVD. eine Witwenrente zu gewähren;
3. in Fällen der §§ 950, 592 Abs. 3 der RVD. die Kinderrente zu gewähren;
4. zur Erhöhung der Rente wegen Hilfslosigkeit (§§ 930, 560 der RVD.) und wegen Arbeitslosigkeit (§§ 930, 562 der RVD.) sowie zur Gewährung einer Rente nach §§ 930, 561 Abs. 2 a. a. D.;
5. die Genossenschaft vor den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern, unbeschadet der Bestimmung des § 23 Nr. 3 u. 4 zu vertreten und in einzelnen Fällen die Vertretung vor den Versicherungsbehörden dem Vertrauensmanne oder einem Bevollmächtigten z. B. dem Geschäftsführer vorbehaltlich der Bestimmung des § 1604 Abs. 2 RVD. zu übertragen;
6. das Heilverfahren gemäß §§ 945, 1513 der RVD. auf Kosten der Genossenschaft zu übernehmen;
7. gemäß § 1514 der RVD. die Erfüllung der Genossenschaftspflichten der Krankenkasse zu übertragen.

Unfallverhütungsvorschriften.

§ 45.

Über den Erlass von Unfallverhütungsvorschriften nach §§ 1030, 848 ff. der RVD. beschließt die Genossenschaftsversammlung. Jedes Mitglied der Genossenschaft ist befugt, den Erlass oder die Abänderung solcher Vorschriften bei dem Genossenschaftsvorstand anzuregen. Dieser hat, sofern die Anregung von mindestens 20 Mitgliedern der Berufungsgenossenschaft unterstützt wird, in einer der nächsten Sitzungen darüber zu beschließen, ob der Anregung weitere Folge zu geben sei. Von solchen Anregungen ist der nächsten Genossenschaftsversammlung Kenntnis zu geben.

Die vom Reichsversicherungsamte genehmigten Vorschriften sind von dem Genossenschaftsvorstand in den von ihm bestimmten Blättern zu veröffentlichen.

Überwachung der Betriebe.

§ 46.

Der Genossenschaftsvorstand stellt nach vorgängiger allgemeiner Zustimmung der Genossenschaftsversammlung für den Bezirk der

führ:
20 Pf.

ipe.

1913.

iben Ordens:

iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.
3.
Ministerium.
9.

te zu Talle
beamten für
ernannt.
3.
Regierung.
9.

Genossenschaft gemäß §§ 1030, 875 ff. der RVO. einen oder mehrere technische Aufsichtsbeamte an, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe Kenntnis zu nehmen, soweit dies für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Veranlagung zu den Gefahrklassen von Bedeutung ist. Die technischen Aufsichtsbeamten erhalten zum Ausweise vom Vorstand eine Bescheinigung. Ihre Namen und Bezirke sind öffentlich bekannt zu machen.

Der Genossenschaftsvorstand kann Angestellte der Genossenschaft als Rechnungsbeamte gemäß §§ 1030, 876 der RVO. bezeichnen und mit der Einsicht und Prüfung der Geschäftsbücher und Listen der Unternehmer betrauen. Die Rechnungsbeamten erhalten zum Ausweise vom Vorstand eine Bescheinigung.

Der Genossenschaftsvorstand hat für die technischen Aufsichtsbeamten und die Rechnungsbeamten eine Dienstanweisung zu erlassen.

Ersatz von Auswendungen.

§ 47.

Vertreter der Unternehmer.

Den Mitgliedern des Genossenschaftsvorstandes und der Genossenschaftsausschüsse, den Vertretern (§ 4) und den Vertrauensmännern werden bei Dienstgeschäften die Kosten der zweiten Eisenbahnklasse für Hin- und Rückfahrt, sowie für die etwa benutzten Fuhrwerke, soweit Orte, die nicht an der Bahn liegen, in Betracht kommen, für jedes angefangene Kilometer der Hin- und Rückreise 20 Pf. vergütet. Dieselben erhalten zum Ersatz der ihnen weiter erwachsenen baren Auslagen für jeden Tag, an welchem sie außerhalb ihres Wohnortes tätig sind, eine Vergütung von 6 M. und für jede notwendige Übernachtung außerdem 6 M.

Bei Wahrnehmung von Dienstgeschäften innerhalb des Wohnortes oder in einer Entfernung vom Wohnorte unter drei Kilometer steht ihnen nur eine Vergütung von 3 M. täglich zu.

Die Genossenschaftsversammlung ist befugt, den Mitgliedern des Vorstandes oder einzelnen von ihnen anstatt der nach vorstehendem ihnen zustehenden Bezüge Pauschalsummen festzusetzen.

§ 48.

Vertreter der Versicherten.

Die Vertreter der Versicherten erhalten als Ersatz:

1. für entgangenen Arbeitsverdienst dessen vollen Betrag nach Maßgabe der verlorenen Zeit, mindestens aber 2 M. für den ganzen Tag;

2. für Reisekosten,
 - a) bei Reisen, welche auf Eisenbahnen gemacht werden können, für jedes angefangene Kilometer der Hinreise und der Rückreise 5 Pf.,
 - b) bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen gemacht werden können, 20 Pf. für jedes angefangene Kilometer der Hinreise und der Rückreise auf der nächsten fahrbaren Straßenverbindung,
 sofern nicht höhere Aufwendungen nötig geworden sind;
3. für Behrungskosten für einen halben Tag 1 M., für einen ganzen Tag 2 M. und außerdem für jede Übernachtung 3 M., sofern nicht höhere Aufwendungen nötig geworden sind.

IV. Betriebsbeamte und Facharbeiter.

§ 49.

Bezeichnung von Facharbeitern.

Als Facharbeiter, die im Unterschiede zum gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeiter für ihre Stellung besonderer fachlicher Fertigkeiten bedürfen, gelten, außer den im § 923 Abs. 3 Satz 2 und 3 der RVO. genannten, folgende Personen, soweit sie nicht Betriebsbeamte sind:

Rechnungsführer, Buchhalter, Buchhalterinnen, Gutsverwalter, Forstgehilfen, Forst- und Jagdaufseher (Forstschutzbeamte), Molkereimeister, Selbständige Wirtschaftserinnen, Brauer, Schlosser, Mühlenbauer, Tischler, Sattler.

Personen dieser Art behalten ihre Sonderstellung auch bei der Ausführung von Einrichtungen gewöhnlicher land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter, wenn sie hierzu nur vorübergehend neben ihrer besonderen Beschäftigung als Facharbeiter in dem versicherten Betriebe herangezogen werden.

Anmerkung. § 923 Abs. 3 der Versicherung lautet:

„Facharbeiter im Unterschiede zum gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeiter ist, wer für seine Stellung besonderer fachlicher Fertigkeiten bedarf. Dies gilt für Förster, Gärtner, Gärtnergehilfen, Müller, Ziegler, Stellmacher, Schmiede, Maurer, Zimmerer, Brenner, Maschinisten, Heizer sowie für Gehilfen und Gesellen, die eine fachgemäße Lehr- und Ausbildungszeit durchgemacht haben. Als Facharbeiter gelten auch die nach § 922 der landwirtschaftlichen Unfallversicherung unterstellten Personen. Wer außerdem noch als Facharbeiter gilt, hat die Sachung festzustellen.“

§ 922 a. a. O. lautet:

„Für die Zuteilung von landwirtschaftlichen Betrieben und gewerblichen Betrieben desselben Unternehmers zu einer Genossenschaft gilt § 542.“

für:
20 Pf.

ipe.

1913.

Iben Ordens:

Iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

3.
Ministerium.
g.

te zu Talle
beamten für
ernannt.

3.
Regierung.
g.

§ 50.

Beitragszuschläge.

Für die versicherungspflichtigen Betriebsbeamten und die Facharbeiter (§ 923 Abs. 3 der RVD., § 49 der Satzung) sind besondere Zuschläge zu den Beiträgen zu entrichten.

Zu ihrer Berechnung wird der Betrag ermittelt, um welchen der bei der Entschädigungsberechnung anzusetzende Jahresarbeitsverdienst dieser Personen (§§ 931, 939 der RVD.) den festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst erwachsener landwirtschaftlicher Arbeiter oder Arbeiterinnen (§ 936 Abs. 2 der RVD.) übersteigt. Der Zuschlag beträgt einundeinhalb vom Hundert dieses Unterschieds.

Die Genossenschaftsversammlung kann den Prozentsatz entsprechend dem Anwachsen der Umlage und zwar bis zu zwei vom Hundert selbständig, über zwei nur mit Genehmigung des Reichsversicherungsamts festsetzen.

Hat die Beschäftigung innerhalb des Kalenderjahres nicht mindestens 300 Arbeitstage beansprucht, so ist der Zuschlag entsprechend dem Verhältnisse der tatsächlichen Beschäftigungsdauer zu dieser Zahl zu mindern. Der sich ergebende Betrag ist auf volle Mark aufzurunden.

§ 51.

Anmeldung.

Der Betriebsunternehmer, welcher versicherungspflichtige Betriebsbeamte oder Facharbeiter beschäftigt hat, muß binnen sechs Wochen nach Ablauf des Geschäftsjahrs darüber dem Genossenschaftsvorstand einen Lohnnachweis einreichen, welcher die Zahl dieser Versicherten und die Gesamtsumme ihres Entgelts für das Geschäftsjahr enthält.

Für Genossenschaftsmitglieder, welche die Anmeldungen oder den Lohnnachweis nicht rechtzeitig, unvollständig oder unrichtig eingereicht haben, stellt sie der Genossenschaftsvorstand auf oder ergänzt sie. Er kann sich dabei der Hilfe des Vertrauensmannes bedienen.

Auf unrichtige oder nicht rechtzeitige Anmeldungen und Nachweise finden die Strafvorschriften der §§ 1043, 1044 der RVD. Anwendung.

V. Ausdehnung der Versicherung

1. Betriebsunternehmer.

A. Zwangsversicherung.

§ 52.

Grenze.

Die Versicherungspflicht wird auf Unternehmer erstreckt, deren Jahresarbeitsverdienst 2000 M nicht übersteigt oder die regelmäßig keine oder höchstens zwei Lohnarbeiter in dem versicherten Betriebe beschäftigen. Zur regelmäßigen Beschäftigung eines Lohnarbeiters gehören mindestens 250 Arbeitstage eines Arbeiters oder einer Arbeiterin.

Die Ausdehnung der Versicherungspflicht im ersten Absatze gilt nicht für Unternehmer, deren gesamtes, auch aus anderen Quellen, aus dem versicherten Betriebe fließendes Einkommen 3000 M übersteigt.

§ 53.

Jahresarbeitsverdienst.

Als Jahresarbeitsverdienst im Sinne des § 52 Abs. 1 gilt das Reineinkommen aus dem land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe sowie den bei der Genossenschaft mitversicherten Nebenbetrieben und gewerblichen Betrieben, (§§ 922, 542 RVO.), mit welchem die Mitglieder zu der staatlichen Einkommensteuer eingeschätzt sind. Stehen dem Genossenschaftsvorstande die Ergebnisse einer staatlichen Einkommensteuereinschätzung nicht zu Gebote, so hat er das Einkommen auf andere Weise zu ermitteln.

Beim Berechnen des Einkommens ist der Mietwert der eigenen Wohnung als Teil des aus dem versicherten Betriebe fließenden Einkommens nicht anzusehen. Nicht abzusetzen sind die sich aus den persönlichen Verhältnissen des Unternehmers herleitenden Lasten und privatrechtlichen Verpflichtungen, insbesondere Hypotheken- und andere Schuldenzinsen, die für bewirtschaftete Grundstücke zu zahlende Pacht und Mieteile. Dagegen sind abzusetzen, die Betriebskosten, d. h. die Kosten der laufenden Wirtschaftsführung, insbesondere der Bestellung, Aussaat, Ernte, Instandhaltung der Betriebseinrichtungen, Unterhaltung und Ergänzung des Zug- und Nutzviehs einschließlich des Entgelts der dabei beschäftigten Personen, wenn dafür nicht schon ein Betrag bei der nach Abs. 1 maßgebenden Steuereinschätzung abgesetzt ist. Abzugsfähig sind auch die auf dem bewirtschafteten Grundstücke ruhenden Renten öffentlich-rechtlicher Natur und die Grund- und Gebäudesteuer, sowie sonstige, öffentlich-rechtliche grundsteuerartige Lasten, soweit sie in be-

führt:

20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.

3.

Ministerium.

g.

te zu Talle
Beamten für
ernannt.

13.

Regierung.

g.

stimmtem, nicht schwankendem Geldbetrag im Voraus für längere Zeit festsetzen.

Für die Ermittlung des nach § 52 Abs. 2 die Versicherungspflicht ausschließenden Gesamteinkommens ist die Veranlagung zur staatlichen Einkommensteuer schlechthin entscheidend.

§ 54.

Berechnung der Entschädigungen. Beitragszuschläge.

Die Entschädigung der Unternehmer und ihrer Ehegatten richtet sich nach dem festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für landwirtschaftliche Arbeiter oder Arbeiterinnen (§§ 936, 938 der RVO.).

Die Entschädigung der Unternehmer und ihrer Ehegatten geschieht in denjenigen Fällen nach einem Jahresarbeitsverdienste von 1000 *M* für Männer und 750 *M* für Frauen, in welchen die Unternehmer bei Eintritt der Zwangsversicherung einen darauf gerichteten besonderen Antrag gestellt haben und wenn ihnen die Annahme des Antrags vom Genossenschaftsvorstande bestätigt ist. Der § 940 der RVO. gilt auch in diesem Falle entsprechend.

Für diese Versicherung haben die versicherten Unternehmer einen Zuschlag zu den Beiträgen zu entrichten, welcher in derselben Weise, wie der Zuschlag für Betriebsbeamte und Facharbeiter berechnet wird (§ 50). An die Stelle des als Jahresarbeitsverdienst anzunehmenden Entgeltes jener Personen tritt ein Jahresarbeitsverdienst von 1000 *M* für Männer und 750 *M* für Frauen. Dauert die versicherte Tätigkeit nicht volle 300 Arbeitstage, was der Unternehmer nachzuweisen hat, so ist dieser Verdienstbetrag entsprechend unter Aufrundung des Teilbetrages auf volle 10 *M* zu mindern.

§ 55.

Verfahren zur Ermittlung der Zwangsversicherten. Anmeldung. Verzeichnis.

Unternehmer, welche sich die Vorteile der Zwangsversicherung sichern wollen, können zur Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der Zwangsversicherung beim Genossenschaftsvorstande sich anmelden. Vordrucke zu diesen Anmeldungen werden vom Genossenschaftsvorstand auf Erfordern verabfolgt.

Sie haben dabei die Höhe ihres Jahresarbeitsverdienstes (Einkommens aus dem versicherten Betrieb und den mitversicherten Nebenbetrieben und gewerblichen Betrieben) sowie ihres zur Steuer veranlagten Gesamteinkommens und die Zahl der von ihnen be-

beschäftigten Versicherungspflichtigen und der überhaupt für ihre Rechnung Beschäftigten, die Zahl von Arbeitstagen, während welcher der Unternehmer und sein mitversicherter Ehegatte im versicherten Betriebe durchschnittlich im Jahre tätig sind, anzugeben und die Erklärung beizufügen, daß sie mit der Offenlegung ihrer Steuereinschätzung für das laufende und die späteren Jahre einverstanden sind.

Ist eine Anmeldung erfolgt und nicht binnen drei Monaten vom Genossenschaftsvorstande zurückgewiesen, so gelten der Unternehmer und sein Ehegatte als versichert, bis die Genossenschaft nachweist, daß die tatsächlichen Voraussetzungen der Zwangsversicherung nicht vorliegen.

Ist die vorgeschriebene Anmeldung nicht erfolgt, so gelten der Unternehmer und sein Ehegatte als nicht versichert, wenn sie nicht das Vorhandensein der tatsächlichen Voraussetzung der Zwangsversicherung nachweisen.

Für die Erbringung des Nachweises im Falle der Abs. 3 und 4 kann der Gegner dem Beweispflichtigen eine Frist von nicht weniger als zwei Monaten setzen.

Die dem Unternehmer oder seinem Ehegatten über das Bestehen der Zwangsversicherung außerhalb eines Entschädigungsverfahrens erteilten Bescheide der Genossenschaft sind nach § 1000 Abs. 2 der RVD. anfechtbar.

Über die angemeldeten Zwangsversicherten hat der Genossenschaftsvorstand ein Verzeichnis oder sonst einen übersichtlichen Nachweis in den Akten zu führen.

§ 56.

Erlöschen. Strafen.

Die Versicherung erlischt mit dem Tage, an welchem der Unternehmer stirbt, sonst mit dem Schlusse des Vierteljahrs, in dem die Voraussetzungen, welche die Versicherung begründeten, dauernd wegfallen. Die für den Wegfall erheblichen Tatsachen hat der Betriebsunternehmer dem Genossenschaftsvorstand anzuzeigen.

Auf unrichtige tatsächliche Angaben in derartigen Anzeigen und in den im § 55 vorgeschriebenen Anmeldungen findet die Strafvorschrift des § 1043 der RVD. Anwendung.

B. Freiwillige Versicherung.

§ 57.

Gegenstand der Versicherung. Jahresarbeitsverdienst.

Die Unternehmer sind gemäß § 927 Abs. 1 RVD. berechtigt, sich und ihre im Betriebe tätigen Ehegatten gegen die Folgen von

führ:
20 Pf.

ipe.

1913.

Iben Ordens:

Iben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

3.
Ministerium.
g.

Le zu Talle
Beamten für
ernannt.
13.
Regierung.
g.

Betriebsunfällen selbst zu versichern, wenn sie nicht mehr als 3000 *M* Jahresarbeitsverdienst haben oder wenn sie regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige gegen Entgelt beschäftigen. Zur regelmäßigen Beschäftigung eines Versicherungspflichtigen gehören jährlich mindestens 250 volle Arbeitstage einer männlichen oder weiblichen Person.

Eine Ausdehnung der freiwilligen Versicherung über die Grenzen des Abs. 1 findet nicht statt.

Ebenso wenig findet eine Ausdehnung der freiwilligen Versicherung auf hauswirtschaftliche Tätigkeit im Sinne des § 926 RVO. statt.

Die Bestimmungen des § 53 Abs. 1 und 2 über die Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes gelten entsprechend.

§ 58.

Antrag. Beginn. Erlöschen. Verzeichnis.

Unternehmer, welche von der Berechtigung zur Selbstversicherung Gebrauch machen wollen, haben die Versicherung bei dem Genossenschaftsvorstande schriftlich zu beantragen. Sie haben dabei die Höhe ihres Einkommens aus dem versicherten Betriebe und den mitversicherten Nebenbetrieben und gewerblichen Betrieben in Gemäßheit der Grundsätze des § 53 Abs. 1 und 2 nachzuweisen oder die Erklärung beizufügen, daß sie mit der Offenlegung ihrer Steuereinschätzung im Einzelnen für das laufende Jahr und die späteren Jahre einverstanden sind. Ferner haben sie die Zahl der von ihnen beschäftigten Versicherten, sowie deren durchschnittliche Beschäftigungsdauer nachzuweisen.

Die Versicherung beginnt mit dem Tage, welcher auf den Tag des Eingangs des Versicherungsantrages bei dem Genossenschaftsvorstande folgt. Gegen den Beschluß, durch den die Versicherung abgelehnt wird, kann der Unternehmer binnen einem Monat Beschwerde beim Oberversicherungsamt erheben.

Die Versicherung erlischt mit dem Ableben des Unternehmers oder mit dem Fortfalle der Voraussetzungen, welche die Versicherungsberechtigung begründeten, sowie bei Fortbestehen der letzteren durch eine schriftliche, beim Genossenschaftsvorstand einzureichende Abmeldung. Diese Abmeldung kann nur für den Ablauf eines Kalendervierteljahrs erfolgen und muß spätestens zwei Wochen vor diesem Termine bei dem Genossenschaftsvorstand eingehen.

Über die angemeldeten freiwilligen Versicherungen der Betriebsunternehmer hat der Genossenschaftsvorstand ein Verzeichnis oder sonst einen übersichtlichen Nachweis in den Akten zu führen.

§ 59.

Entschädigung. Beiträge.

Die Entschädigung der auf ihren Antrag versicherten Unternehmer und ihrer Ehegatten richtet sich nach dem festgesetzten Jahresarbeitsverdienste für landwirtschaftliche Arbeiter oder Arbeiterinnen (§§ 936 und 938 RVO.).

Auf besonderen Antrag der freiwillig sich versichernden Betriebsunternehmer geschieht ihre und ihrer Ehegatten Entschädigung nach einem Jahresarbeitsverdienste von 1000 M für Männer und 750 M für Frauen. Der § 940 RVO. gilt auch in diesem Falle entsprechend.

Für diese Versicherung mit höherer Entschädigung haben die sich meldenden Unternehmer einen Zuschlag zu den Beiträgen zu entrichten, welcher in derselben Weise, wie der Zuschlag für Betriebsbeamte und Sacharbeiter berechnet wird (§ 50). An die Stelle des als Jahresarbeitsverdienst anzurechnenden Entgelts jener Personen tritt ein Jahresarbeitsverdienst von 1000 M für Männer und 750 M für Frauen. Dauert die versicherte Tätigkeit nicht volle 300 Arbeitstage, was der Unternehmer nachzuweisen hat, so ist dieser Verdienstabtrag entsprechend unter Aufrundung des Teilbetrages auf volle 10 M zu mindern.

2. Organe und Angestellte der Genossenschaft.

§ 60.

Der Genossenschaftsvorstand ist berechtigt, Mitglieder der Organe und Angestellte der Genossenschaft bei dieser gegen die Folgen von Unfällen zu versichern, welche sie bei Gelegenheit ihrer dienstlichen Verrichtungen erleiden, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 M nicht übersteigt.

Die Höhe des für die Versicherung der Mitglieder der Genossenschaftsorgane maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes bestimmt der Genossenschaftsvorstand.

Für die Angestellten gilt als Jahresarbeitsverdienst, welcher der Versicherung zugrunde zu legen ist, das Gehalt, welches sie im letztverflossenen Jahre bezogen haben.

Beim Berechnen der Rente gelten die gesetzlichen Vorschriften insbesondere § 939 der RVO. entsprechend.

Die Versicherung erfolgt durch Übernahme der Unfallentschädigungen auf die Genossenschaft.

Über Versicherungen dieser Art hat der Genossenschaftsvorstand ein Verzeichnis zu führen und einen Auszug daraus jedem Versicherten mitzuteilen.

führ:
20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

3.
ministerium.

9.
zu Talle
beamten für
ernannt.

3.
Regierung.
9.

3. Zahlungsverzug.

§ 61.

Die freiwillige Versicherung tritt außer Kraft, wenn der Beitrag nicht binnen 8 Tagen nach Zustellung einer schriftlichen Mahnung bezahlt worden ist. Eine Neuannmeldung bleibt so lange unwirksam, bis der rückständige Beitrag bezahlt ist.

VI. Art der Bekanntmachungen.

§ 62.

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft werden von dem Genossenschaftsvorstand mindestens einmal in den von ihm bestimmten Blättern veröffentlicht.

Die Bekanntmachungen sind, soweit erforderlich, den Vertrauensmännern noch besonders mitzuteilen und von ihnen nach näherer Bestimmung des Vorstandes zur Kenntnis ihres Bezirkes zu bringen.

VII. Änderung der Satzung.

§ 63.

Über Änderungen der Satzung entscheidet die Genossenschaftsversammlung mit der Maßgabe, daß mindestens zweidrittel der Vertreter in der Versammlung anwesend sein und mindestens zweidrittel der anwesenden Vertreter dem Antrage zustimmen müssen.

Die beantragten Änderungen müssen durch die Tagesordnung in der im § 7 vorgesehenen Weise bekannt gegeben sein.

VIII. Veröffentlichung der Satzung.

§ 64.

Die Satzung und ihre Änderungen sind in den von dem Genossenschaftsvorstand bestimmten Blättern zu veröffentlichen.

IX. Inkrafttreten. Schlußbestimmung.

§ 65.

Diese Satzung tritt mit dem 1. Januar 1913 an Stelle des bisher geltenden Statuts. Letzteres ist jedoch noch anwendbar auf die für das Jahr 1912 zu entrichtenden Beiträge.

Beschlossen von der Genossenschaftsversammlung in Detmold,
am 19. Dezember 1912.

Der Genossenschaftsvorstand.

K r i e g e r.

Die vorstehende Satzung für die Lippische landwirtschaftliche
Berufungsgenossenschaft nebst der Wahlordnung wird gemäß §§ 973,
681 der Reichsversicherungsordnung genehmigt.

Berlin, den 31. Dezember 1912.

**Das Reichsversicherungsamt,
Abteilung für Unfallversicherung.**

(L. S.)

Dr. Kaufmann.



führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

3.
ministerium.

g.

te zu Talle
beamten für
ernannt.

3.
Regierung.

g.

Wahlordnung.

(Anhang zur Satzung der Lippischen landwirtschaftlichen Berufs-
genossenschaft.)

Auf Grund der §§ 15 ff., 971 ff. der Reichsversicherungsordnung
wird für die Lippische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft als
Anhang zur Satzung die nachstehende Wahlordnung errichtet:

A. Wahl der Vertreter zur Genossenschafts- versammlung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Leitung der Wahl.

Die Wahl wird durch den Wahlvorstand geleitet. Die Leitung
erstreckt sich, soweit die Satzung oder die Wahlordnung nicht anders
bestimmt, auf alle Angelegenheiten, welche die Vorbereitung der
Wahl, die Wahlhandlung oder die Ermittlung und Feststellung des
Wahlergebnisses betreffen.

§ 2.

Wahlvorstand.

Wahlvorstand ist ein vom Genossenschaftsvorstand aus seiner
Mitte bestellter Ausschuss von drei Mitgliedern.

Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmann zu wählen, der zugleich
als Stellvertreter für den Behinderungsfall gilt.

§ 3.

Vorsitz im Wahlvorstande.

Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte mit einfacher Stimmen-
mehrheit einen Vorsitzenden. Dem Vorsitzenden kann vom Wahl-

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

3.
ministerium.

9.

te zu Talle
beamten für
ernannt.

3.
Regierung.

9.

vorstande die Erledigung aller Geschäfte übertragen werden, soweit sie nicht die Beteiligung des Wahlvorstandes bei der Wahlhandlung selbst (§§ 10 ff.), die Beschlußfassung über die Ungültigkeit von Wahlvorschlägen und die endgültige Feststellung des Wahlergebnisses zum Gegenstande haben.

Der Vorsitzende wird bei Behinderung durch das dem Lebensalter nach älteste Mitglied vertreten.

§ 4.

Wählerlisten.

Von dem Genossenschaftsvorstande sind für jeden Wahlbezirk Wählerlisten unter Angabe der jedem Mitgliede zustehenden Stimmenzahl aufzustellen. Das Mitgliederverzeichnis kann als Wählerliste benutzt werden, wenn es sich dafür eignet.

II. Vorbereitung der Wahl.

§ 5.

Wahlaus schreiben.

Spätestens 6 Wochen vor dem Wahltag ist von dem Wahlvorstand Ort und Zeit der Wahl mit dem Hinweise darauf, daß die Wahl eine Stunde nach ihrem Beginne geschlossen werden kann, in der im § 62 Abs. 1 der Satzung bestimmten Weise bekannt zu machen.

In der Bekanntmachung ist die Zahl der zu wählenden Vertreter sowie ihrer Ersatzmänner und der vom Wahlvorstand aufzustellende Wahlvorschlag (§ 7) zu veröffentlichen und zur Einreichung von weiteren Wahlvorschlägen mit dem Hinweise darauf aufzufordern, daß nur solche Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die spätestens vier Wochen vor dem Wahltag bei dem Wahlvorstand eingereicht werden, und daß die Stimmabgabe an diese Wahlvorschläge gebunden ist. Auch ist anzugeben, wo die Wahlvorschläge nach ihrer Zulassung (§ 8) von den Wählern eingesehen werden können.

In der Bekanntmachung ist ferner anzugeben, wo die Wählerlisten eingesehen werden können, und daß etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Wahlvorstand einzulegen sind. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß der Wahlvorstand befugt ist, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen, und daß es sich daher empfiehlt, einen Ausweis hierüber zur Wahlhandlung mitzubringen.

§ 6.

Entscheidung von Einsprüchen wegen der Wahl-
und Stimmberechtigung.

Über Einsprüche (§ 5 Abs. 3) ist vom Wahlvorstande mit tun-
lichster Beschleunigung zu entscheiden. Wird ein Einspruch für be-
gründet erachtet, so ist die Wählerliste entsprechend zu berichtigen.
Die Entscheidung ist dem Beschwerdeführer mitzuteilen; eine An-
fechtung der Entscheidung findet nur mit einer Anfechtung der Wahl
im ganzen statt.

§ 7.

Wahlvorschläge.

Der Wahlvorstand hat einen Wahlvorschlag aufzustellen (§ 5
Abs. 2); weitere Wahlvorschläge können von den Wahlberechtigten
aufgestellt werden.

Die weiteren Wahlvorschläge müssen von mindestens je 20 Wahl-
berechtigten mit zusammen mindestens 40 Stimmen unterzeichnet
sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so
wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlage
gezählt und auf den übrigen Wahlvorschlägen gestrichen. Sind
mehrere Wahlvorschläge, welche von dem gleichen Wahlberechtigten
unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterschrift
auf demjenigen Wahlvorschlage, den der Unterzeichner binnen einer
ihm gesetzten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt
der Unterzeichner eine rechtzeitige Bestimmung, so entscheidet
das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens, der Wahlvorschlag des
Wahlvorstandes muß doppelt soviel Bewerber benennen, als Ver-
treter im Wahlbezirk zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind
unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge
ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor- (Nuf-)
namen, Firma, Beruf, Wohnort und Betriebsort zu bezeichnen.
Soweit Bewerber vorgeschlagen sind, die nach § 17 der RVO. zur
Ablehnung der Wahl berechtigt sind, ist ihre schriftliche Zustimmung
zur Annahme einer Wahl beizufügen.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Wahlvorschlagsvertreter
und ein Stellvertreter für ihn zu bezeichnen. Ist dies unterblieben,
so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags
und der zweite als sein Stellvertreter, soweit eine Reihenfolge
erkennbar ist. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und ver-
pflichtet, dem Wahlvorstande die zur Beseitigung etwaiger Anstände
erforderlichen Erklärungen abzugeben.

führ:
20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.
3.
Ministerium.
g.

te zu Talle
beamten für
ernannt.
13.
Regierung.
g.

§ 8.

Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge.

Der Wahlvorstand hat die eingereichten Wahlvorschläge nach der Reihenfolge ihres Einganges mit Ordnungsnummern zu versehen, sie zu prüfen und etwaige Anstände umgehend dem Wahlvorschlagsvertreter mitzuteilen. Die Anstände müssen spätestens 2 Wochen vor dem Wahltag beseitigt sein. Die zugelassenen Wahlvorschläge sind in geeigneter Weise zur Einsicht der Beteiligten auszulegen. Der Name des ersten Unterzeichners ist ersichtlich zu machen.

Ist ein vorgeschlagener Bewerber nicht in der im § 7 vorgeschriebenen Weise bezeichnet, so ist der Wahlvorschlagsvertreter zur Ergänzung dieser Bezeichnung aufzufordern. Kommt er dieser Aufforderung nicht rechtzeitig nach, so wird der Name des unvollständig bezeichneten Bewerbers in dem Vorschlage gestrichen. Wird eine Zustimmungserklärung, soweit sie nach § 7 erforderlich ist, trotz Beanstandung seitens des Wahlvorstandes nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt, so wird der Name des betreffenden Bewerbers ebenfalls gestrichen.

Die Wahlvorschläge sind ungültig, wenn sie mangelhaft sind und der Mangel nicht rechtzeitig beseitigt wird. Ein Wahlvorschlag ist mangelhaft, wenn er einem Erfordernisse des Gesetzes, der Satzung oder der Wahlordnung widerspricht.

III. Wahlhandlung.

§ 9.

Wahl ohne Stimmabgabe.

Werden außer dem Wahlvorschlage des Wahlvorstandes auf gültigen Wahlvorschlägen keine weiteren Bewerber vorgeschlagen, so gelten die im Wahlvorschlage des Wahlvorstandes bezeichneten Bewerber als gewählt; andernfalls kommt es zur Wahlhandlung nach §§ 10 ff. Soweit einzelne Bewerber auf sämtlichen zugelassenen Wahlvorschlägen bis zu derjenigen Stelle vorgeschlagen sind, welche der Zahl der zu wählenden Vertreter entspricht, sind sie als Vertreter, soweit sie auf sämtlichen zugelassenen Wahlvorschlägen hinter der bezeichneten Stelle aufgeführt sind, sind sie als Ersatzmänner gewählt und scheiden für die Wahlhandlung aus. Ohne Stimmabgabe gewählte Vertreter gelten auf Grund des Wahlvorschlags des Vorstandes, und zwar vor allen anderen, als gewählt. Das Gleiche gilt für die ohne Stimmabgabe gewählten Ersatzmänner.

§ 10.

Gang der Wahl Abstimmung.

Die Wahl geschieht in den Wahlbezirksversammlungen. Jeder Wähler oder sein Stellvertreter hat sich auf Verlangen des Wahlvorstandes über seine Person auszuweisen. Gelingt ihm dies nicht, so kann ihn der Wahlvorstand von der Wahl zurückweisen, eine Anfechtung dieser Entscheidung findet nicht statt.

Jeder zur Wahl Zugelassene erhält so viele gleichartige, mit dem Stempel der Berufsgenossenschaft versehene Wahlumschläge, wie er Stimmen hat, wobei die berichtigte Wählerliste zugrunde gelegt wird, soweit deren Unrichtigkeit im einzelnen Falle nicht für alle Mitglieder des Wahlvorstandes feststeht. Einem Mitgliede, das mehr wie 5 Stimmen hat, kann mit seiner Zustimmung für je 5 Stimmen ein besonderer Wahlumschlag ausgehändigt werden, der sich durch seine Größe oder Farbe oder in sonstiger Weise von den anderen Wahlumschlägen deutlich unterscheidet.

Die Wähler treten sodann einzeln und nacheinander an einen abgesonderten Tisch oder in einen abgesonderten Raum, wo sie ihre Stimmzettel (§ 11) unbeobachtet in die Wahlumschläge stecken, und zwar in jeden Wahlumschlag einen besonderen Stimmzettel, und übergeben hierauf unter Nennung ihres Namens die Wahlumschläge unvergeschlossen dem Wahlvorstande. Dieser läßt sie in eine Urne fallen und vermerkt die erfolgte Stimmabgabe in der Wählerliste.

§ 11.

Stimmzettel.

Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschlüge vollständig übereinstimmt. An Stelle der Aufzählung der Namen genügt der Hinweis auf die Ordnungsnummer des Wahlvorschlugs.

Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe und einer vom Wahlvorstande zu bestimmenden Größe sein. Soweit Stimmzettel von diesen Bestimmungen abweichen, sind sie ungültig, wenn das Abweichen die Absicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht.

Stimmzettel, die mit keinem der zugelassenen Wahlvorschlüge übereinstimmen, oder die ein solches Merkmal haben, welches die Absicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht, oder die unterschrieben sind, sind ungültig. Befinden sich in einem Umschlage mehrere Stimmzettel, so werden sie, wenn sie vollständig übereinstimmen, nur einfach gezählt, andernfalls als ungültig angesehen.

ühr:
20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.
3.
ministerium.
9.

te zu Talle
beamten für
ernannt.
13.
Regierung.
9.

§ 12.

Schluß der Wahlhandlung.

Frühestens eine Stunde nach dem Beginne (§ 5 Abs. 1) schließt der Wahlvorstand die Wahl. Die alsdann anwesenden Wähler können noch von ihrem Wahlrechte Gebrauch machen. Nachdem die in der Urne befindlichen Wahlumschläge durcheinandergeschüttelt sind, stellt der Wahlvorstand ihre Zahl, gesondert nach gewöhnlichen Wahlumschlägen und solchen, die für je 5 Stimmen gelten, fest. Sofern nicht das Wahlergebnis sofort am Orte der Wahlhandlung ermittelt wird, verschließt er die Umschläge in einem zu versiegelnden Paket und bewahrt dieses bis zur Feststellung des Wahlergebnisses an einem sicheren Orte auf.

§ 13.

Niederschrift.

Über die Wahlhandlung ist von dem Wahlvorstande eine Niederschrift zu fertigen, in der die Namen der Mitglieder des Wahlvorstandes, Zeit und Ort der Wahlhandlung, die Gesamtzahl der Wähler, welche abgestimmt haben, die bei der Wahl sich etwa ergebenden Beanstandungen, die von dem Wahlvorstande gefassten Beschlüsse sowie alle sonstigen für die Gültigkeit der Wahl in Betracht kommenden Vorfälle enthalten sein müssen. Die Niederschrift ist von den Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben. Der Niederschrift sind die zugelassenen Wahlvorschläge sowie derjenige des Wahlvorstandes als Anlage beizufügen.

IV. Wahlergebnis.

§ 14.

Allgemeines.

Das Wahlergebnis wird durch den Wahlvorstand spätestens bis zum Ablaufe der auf den Wahltag folgenden Woche unter Zuziehung der erforderlichen Hilfskräfte ermittelt. Hierzu werden die Stimmzetteln aus den Wahlumschlägen genommen; dabei wird auf den Stimmzetteln, die in besonderen Wahlumschlägen für je 5 Stimmen lagen, die entsprechende Stimmenzahl vermerkt.

Die Ermittlung des Wahlergebnisses geschieht in der Weise, daß zunächst die für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen berechnet (§ 15), hierauf die Anzahl der nach dem Verhältnisse der Stimmenzahlen jedem Wahlvorschlage zugefallenen Bewerber ermittelt (§ 16) und endlich innerhalb jedes Wahlvorschlages die gewählten Bewerber festgestellt werden (§ 17).

§ 15.

Berechnung der Stimmen.

Die auf jeden Wahlvorschlag entfallenen Stimmen werden zusammengezählt.

§ 16.

Verteilung der Stellen auf die Wahlvorschläge.

Zur Ermittlung der Stimmenzahl, die zur Wahl je eines Vertreters erforderlich ist, (Verteilungszahl), wird die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen durch die Zahl der noch (§ 9) zu wählenden Vertreter geteilt und der Bruchwert nötigenfalls auf die nächste ganze Zahl aufgerundet. Die auf jeden Wahlvorschlag entfallende Zahl von Vertretern ergibt sich durch Teilung der für jeden Wahlvorschlag berechneten Stimmenzahl (§ 15) durch die Verteilungszahl.

Sind hierdurch nicht sämtliche Stellen verteilt, so werden die übrigen noch zu verteilenden Stellen unter die Wahlvorschläge nach der Reihenfolge der Größe der sich bei der Teilung ergebenden Restzahlen verteilt. Bei gleich großen Restzahlen entscheidet das Los.

Wenn ein Wahlvorschlag weniger Bewerber enthält, als hiernach Vertreter auf ihn entfallen, so gehen die überschüssigen Stellen auf die anderen Wahlvorschläge, deren Bewerber nicht sämtlich gewählt sind, nach Maßgabe der Größe ihrer bei der Teilung durch die Verteilungszahl nicht berücksichtigten Restzahlen über. Bei gleich großen Restzahlen entscheidet das Los.

Sind mehr Stellen zu verteilen, als unberücksichtigte Restzahlen vorhanden sind, so findet Abs. 3 keine Anwendung. In diesem Falle ist eine Neuverteilung der noch zu vergebenden Stellen unter diejenigen Wahlvorschläge vorzunehmen, die noch Bewerber enthalten. Die Verteilungszahl wird hierbei durch Teilung der sämtlichen auf diese Wahlvorschläge abgegebenen gültigen Stimmen durch die Zahl der noch zu verteilenden Stellen ermittelt. Das weitere Verfahren bestimmt sich nach Abs. 1 bis 3 und gegebenenfalls wiederum nach Abs. 4.

Ist kein Wahlvorschlag vorhanden, aus dem die Stellen hiernach besetzt werden können, so gehen die überschüssigen Vertreterstellen auf den Wahlvorschlag des Wahlvorstandes über, auch wenn dieser Stimmen nicht erhalten hat.

§ 17.

Verteilung der Bewerber innerhalb der Wahlvorschläge.

Die Reihenfolge der Bewerber innerhalb des einzelnen Wahlvorschlags bestimmt sich nach der Reihenfolge ihrer Benennung in

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

3.
ministerium.

g.

te zu Talle
beamten für
ernannt.

3.
Regierung.

g.

dem Wahlvorschlage. Würde hiernach eine Person wegen ihrer Benennung auf mehreren, aber nicht auf allen Wahlvorschlägen mehrfach gewählt sein, so gilt sie als gewählt auf Grund desjenigen Wahlvorschlages, auf dem sie an oberster Stelle vorgeschlagen ist. Ist sie auf mehreren Wahlvorschlägen an gleich hoher Stelle benannt, so entscheidet das Los. Bei den anderen Wahlvorschlägen tritt an die Stelle des bereits als gewählt geltenden Bewerbers jedesmal der nächstbenannte Bewerber.

§ 18.

Ersatzmänner.

Aus jedem Wahlvorschlage gilt vorbehaltlich des § 9 Satz 2 und 4 die gleiche Zahl von Ersatzmännern als gewählt, wie Vertreter nach §§ 15 und 16 auf den Wahlvorschlag entfallen. § 16 Abs. 3 bis 5 gelten entsprechend. Für die Reihenfolge der Ersatzmänner gilt § 17.

§ 19.

Bekanntmachung des Wahlergebnisses.

Das Ergebnis der Wahl ist alsbald von dem Wahlvorstande dem Genossenschaftsvorstande mitzuteilen und von diesem bekannt zu machen.

§ 20.

Anfechtung und Ungültigkeit der Wahl.

Anfechtungen der Gültigkeit der Wahl sind innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Wahlvorstande, dem Genossenschaftsvorstand oder dem Reichsversicherungsamte schriftlich einzureichen. Wenn die Anfechtungserklärung nicht bei dem Reichsversicherungsamt eingereicht wird, so ist sie zugleich mit den Vorgängen und einer Äußerung des Wahlvorstandes dem Reichsversicherungsamte zur Entscheidung zu übersenden.

Ist die ganze Wahl ungültig, so ist alsbald ein neues Wahlverfahren einzuleiten. Ist die Wahl einer Person ungültig, so tritt der Ersatzmann gemäß § 28 an ihre Stelle.

§ 21.

Aufbewahrung der Akten.

Die Akten über die Feststellung des Wahlergebnisses und die Stimmzettel sind bis zum Ablauf der Wahlzeit von dem Genossenschaftsvorstande aufzubewahren.

B. Wahl des Genossenschaftsvorstandes.

§ 22.

Allgemeine Bestimmungen.

Die Bestimmungen der §§ 1 und 3 gelten entsprechend. Wahlvorstand ist ein vom Genossenschaftsvorstand aus seiner Mitte bestellter Ausschuss von drei Mitgliedern.

Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmann zu wählen, der zugleich als Stellvertreter für den Behinderungsfall gilt.

§ 23.

Wahlaus schreiben.

Für das Wahlaus schreiben gilt § 5 Abs. 1 und 2 entsprechend. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, welchen Anforderungen nach § 11 der Satzung sowie nach § 24 Abs. 3 bis 5 der Wahlordnung die zu wählenden Personen entsprechen müssen.

§ 24.

Wahlvorschläge.

Für die Wahlvorschläge gelten § 7 Abs. 1, 2 und 4 und § 8 entsprechend, jedoch genügt für die weiteren Wahlvorschläge die Unterschrift von mindestens 5 Wahlberechtigten.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens, der Wahlvorschlag des Wahlvorstandes muß doppelt soviel Bewerber benennen, als Vorstandsmitglieder zu wählen sind.

Der Wahlvorschlag des Wahlvorstandes muß enthalten (vergl. § 11 der Satzung): mindestens je zwei Mitglieder folgender Betriebsarten:

1. Forstbetriebe,
2. landwirtschaftliche Betriebe mit über 300 M veranlagter Grundsteuer,
3. landwirtschaftliche Betriebe mit mindestens 30 aber nicht mehr als 300 M veranlagter Grundsteuer,
4. landwirtschaftliche Betriebe unter 30 M veranlagter Grundsteuer.

Die Bestimmung des Abs. 3 gilt nicht, soweit unter den nicht ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Vertreter einer Betriebsart in der satzungsgemäß vorgeschriebenen Zahl (§ 11 der Satzung) vorhanden sind.

Die weiteren Wahlvorschläge müssen, wenn sie so viele Bewerber benennen, als Vorstandsmitglieder und Ersatzmänner zu wählen sind, den Bestimmungen der Abs. 3 und 4 entsprechen.

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

ben Ordens:

ben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.
3.
Ministerium.
9.

te zu Talle
beamten für
ernannt.

13.
Regierung.
9.

Benennen sie weniger Bewerber, so ist zu prüfen, ob durch eine Ergänzung der Zahl der vorgeschlagenen Bewerber auf die Gesamtzahl der zu wählenden Vorstandsmitglieder und Ersatzmänner den Erfordernissen der Abs. 3 und 4 noch genügt werden könnte. Hierbei ist davon auszugehen, daß durch jede unbesetzte Stelle nur je einem Erfordernis entsprochen werden würde. Sollte diese Ergänzung unmöglich sein, so ist der Wahlvorschlag mangelhaft. (§ 8 Abs. 3.)

Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufenden Nummern aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrücken, und nach Familien- und Vor- (Naf-)namen, Firma, Beruf, Wohnort und Betriebsitz zu bezeichnen. Soweit Bewerber vorgeschlagen sind, die nach § 17 WBO. zur Ablehnung der Wahl berechtigt sind, ist ihre schriftliche Zustimmung zur Annahme einer Wahl beizufügen. Ferner ist bei dem Namen jedes Bewerbers anzugeben, ob und welche Betriebsart er vertritt.

§ 25.

Wahlhandlung.

Für eine Wahl ohne Stimmabgabe gilt § 9 entsprechend. Kommt es zur Wahlhandlung, so geschieht die Wahl in der Genossenschaftsversammlung.

Jeder Vertreter erhält einen mit dem Stempel der Berufsgenossenschaft versehenen Wahlumschlag. Im übrigen gelten für die Wahlhandlung § 10 Abs. 4, sowie §§ 11 bis 13 entsprechend.

§ 26.

Ermittelung des Wahlergebnisses.

Für die Ermittlung des Wahlergebnisses gelten die §§ 14 bis 18 entsprechend.

Die Rangordnung der Bewerber der verschiedenen Wahlvorschläge untereinander wird in der Weise festgestellt, daß die den Wahlvorschlägen zugefallenen, nicht gemäß § 9 besetzten Stellen nacheinander mit je einem Bewerber besetzt werden, und zwar nach der Reihenfolge der Gesamtstimmenzahlen, welche die Wahlvorschläge erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los über die Reihenfolge. Ist in jedem Wahlvorschlag ein Bewerber bestimmt, so wird in gleicher Weise ein zweiter, dritter usw. Bewerber zugewiesen. Sobald die einem Wahlvorschlag zugefallene Stimmenzahl belegt ist, scheidet er für die Zuteilung aus.

Sobald bei der Verteilung der Bewerber auf die Wahlvorschläge so viele Stellen vergeben sind, daß bei der Vergebung der übrigen Stellen, um den Vorstand gemäß § 11 der Satzung zusammen-

zusehen, nur noch Bewerber mit bestimmten Erfordernissen gewählt werden dürfen, tritt an die Stelle des Bewerbers, welcher den Anforderungen der Satzung nicht genügt, jedesmal der nächste unter Berücksichtigung jener vorgeschriebenen Zusammensetzung noch wählbare Bewerber auf dem gleichen Wahlvorschlage. Enthält dieser Wahlvorschlag solche Bewerber nicht mehr, so geht die überschüssige Stelle auf den nach obiger Reihenfolge nächsten Wahlvorschlag über. Enthält kein Wahlvorschlag Bewerber, die hiernach wählbar sind, so gehen die überschüssigen Vorstandsstellen auf den Wahlvorschlag des Wahlvorstandes über, es sei denn, daß auch dieser keine hiernach wählbaren Bewerber mehr enthält. In diesem Falle gilt derjenige Bewerber als gewählt, der ohne Rücksicht auf die satzungsmäßig vorgesehene Zusammensetzung des Vorstandes gewählt sein würde.

Abatz 2 und 3 gilt entsprechend für die Ersatzmänner. Jedoch ist bei ihnen von solchen Erfordernissen abzusehen, die bereits von zwei Vorstandsmitgliedern erfüllt sind.

§ 27.

Schl u ß b e s t i m m u n g.

Für die Bekanntmachung des Wahlergebnisses, die Anfechtung und Ungültigkeit der Wahl und die Aufbewahrung der Akten gelten die §§ 19 bis 21 entsprechend.

C. Wegfall von Vertretern oder Vorstandsmitgliedern.

§ 28.

An die Stelle eines weggefallenen Vertreters tritt jedesmal derjenige von den gewählten Ersatzmännern, welcher dem gleichen Wahlvorschlage wie der weggefallene Vertreter angehört und auf diesem Wahlvorschlag unter den Ersatzmännern an höchster Stelle steht. Ist der Wahlvorschlag erschöpft, so wird der Ersatzmann aus den gemäß § 9 ohne Stimmabgabe gewählten Ersatzmännern, des Wahlvorschlages des Wahlvorstandes entnommen. Sind Ersatzmänner dieser Art nicht mehr vorhanden, so tritt der Ersatzmann aus demjenigen anderen Wahlvorschlag ein, auf den die größte unberücksichtigte Restzahl entfallen ist; bei gleichen Restzahlen entscheidet das Los. Ist kein Wahlvorschlag vorhanden, aus dem hiernach Ersatzmänner eintreten können, so ist der Ersatzmann aus den dem Wahlvorschlage des Wahlvorstandes nach § 16 letzter Absatz zugewiesenen Ersatzmännern zu entnehmen.

führ:

20 Pf.

ipe.

1913.

oben Ordens:

oben Ordens:

Ordens:

Ordens:

Ordens:

1.

3.

Ministerium.

g.

te zu Talle
beamten für
ernannt.

13.

Regierung.

g.

Das gleiche gilt beim Wegfall eines Vorstandsmitglieds. Jedoch gehen, falls Vertreter einer Betriebsart (§ 24 Abs. 3) weggefallen sind, die den gleichen Vertretungsfreien angehörenden Ersatzmänner den anderen insoweit vor, als andernfalls die satzungsmäßig vorgesehene Zusammensetzung des Vorstandes (§ 11 der Satzung) beeinträchtigt werden würde.

Beschlissen in der Genossenschaftsversammlung in Detmold am 19. Dezember 1912.



C. Wegfall von Vertretern oder Vorstandsmitgliedern.